



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

WERTEVERLUST

Interview: Pfarrer Wagner

„In unserer Zeit zählt nur mehr das, was man zählen kann. Das Geld!“ Im Gespräch klagt der Pfarrer von Windischgarsten über verloren gegangene Solidarität und falsch verstandene Toleranz.

Seite 10



CETA: Jetzt hilft nur noch Hofer

Seiten 20-21

Probleme sind nicht mehr schönzureden

Wenn täglich elf Betriebe ihre Türen für immer schließen, steht die Landwirtschaft vor größeren Problemen als die Politik zugeben will.

Seiten 8-9

Mega-Deal zwischen Monsanto und Bayer

Bayer kauft den Saatgutriesen Monsanto. Welche Folgen kann das für die europäischen Landwirte nach sich ziehen?

Seite 15

Veganer will Jagd auf seinem Grund verbieten

Aus ethischen Gründen will der Kärntner das Jagen auf seinem Grundstück verbieten lassen. Dazu zieht er vor Gericht.

Seite 17

Von wegen unbedenklich und gesund: Palmöl

Von der Industrie aufgrund seiner Vielseitigkeit geliebt, birgt es doch zahlreiche Gefahren für Umwelt und Gesundheit.

Seiten 18-19

Ausgabe 03/16 (25.11.16)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - 072037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

Die AMA kassiert, doch nichts passiert!

Die Marketingbeiträge für das AMA-Gütesiegel kosten die Bauern jährlich rund 18 Mio. Euro. AMA-Produkte sind dennoch nicht im höherpreisigen Produktsortiment zu finden, eher bei Billigprodukten, kritisieren Bauern. Nun kritisiert auch der Rechnungshof die Transparenz in der Organisation.



Foto: pixabay

Wann darf Tkatschow wieder einreisen?

Der russische Landwirtschaftsminister Tkatschow hat im Zuge der Russland-Sanktionen ein Einreiseverbot nach Österreich. Nun fordern die Bauern eine Aufhebung des Einreiseverbots. Eine entsprechende Resolution wurde in die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ eingebracht.



Foto: Wikimedia, Kremlin.ru, CC-BY 4.0

Kasseler Institut für ländliche Entwicklung untermauert FP- Agrarpolitik

Ausgleichszahlungen statt Flächenprämie

Um die Landwirtschaft in ihrer ursprünglichen Form zu erhalten, ist eine sachliche Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik unerlässlich. Mit dem „Plädoyer für eine aktive Agrarstrukturpolitik durch Preis-Ausgleichszahlungen“, wollen die Wissenschaftler des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung einen Beitrag zur Debatte für die nächste EU-Agrarreform 2020 leisten.

„Direktzahlungen sind nicht fair. Im Gegenteil, sie fördern sogar den Strukturwandel. Jeder Landwirt bekommt den gleichen Förderbetrag pro Hektar. Somit werden größere Betriebe mehr und kleinere Betriebe weniger gefördert. Es wird nicht differenziert, ob der kleinere Betrieb in schlechter Lage etwas mehr

braucht und der größere Betrieb in bester Lage auch mit weniger auskommen würde“, so Frieder Thomas, Leiter des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung. Er fordert Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen, die auf die Betriebsgröße abgestimmt sind. „Mit unserem Modell wenden wir uns ab von der



Foto: pixabay

ungezielten Flächenförderung nach dem Gießkannenprinzip, schaffen Raum für das Wirken marktwirtschaftlicher Mechanismen, entschärfen aber gleichzeitig auch den auf landwirtschaftlichen Betrieben lastenden Wachstumsdruck.“ Außerdem sei der bü-

rokratische Aufwand gering. Preisausgleichszahlungen sollen fällig werden, wenn sich die Preis-Kosten-Schere in einzelnen Sektoren öffnet und das Verhältnis von Erzeugungskosten zu Erzeugerpreisen eine Größenordnung unterschreitet

Ein ganzer Berufsstand im Hamsterrad: Der Bauer als Melkkuh der Nation

Zuerst waren wir viele Bauern, wir liefen im Hamsterrad. Und je länger wir liefen, umso anstrengender wurde es. So mancher musste aussteigen und ging einer besser bezahlten Arbeit nach.

Ein anderer Bauer pachtete oder kaufte eine Fläche, um ein höheres Einkommen zu erwirtschaften. Leider war nun sein Stall zu klein und

Alois Affenzeller

auch die Maschinen mussten dem Stand der Technik angepasst werden. Das benötigte Kapital gab es in Form eines Kredites. Das freute die Bank, den Landmaschinenverkäufer, den Landmaschinenhersteller

und die Stallbaufirma. Der neu erbaute große Stall freute den Bauern und die Molkerei, da mehr Milch produziert werden konnte. In der Folge musste die Molkerei ausbauen, um die Verarbeitungskapazitäten zu erhöhen. Ein fairer Milchpreis begann für den Bauern in weite Ferne zu rücken. Damit begann die Misere.

Die Kreditraten – auf die ist Verlass. Der Bauer kann sie nicht mehr bezahlen, deshalb muss etwas Neues her: Direktvermarktung, heißt das neue Zauberwort! Dass die Genossenschaften genau deswegen gegründet wurden, um die Bauern zu entlasten, wird verdrängt. Der Bauer wendet sich also an den Lebensmit-

telmarkt, doch dieser ist ausgelastet. Mit Mühe und Not bekommt er ein Regal für seine Produkte. Die Verwaltung hat sich inzwischen vervielfacht. Plötzlich ist Herbst, die Ausgleichszahlungen kommen, doch auch die Pacht ist fällig. Die Pacht steigt, die Getreidepreise fallen. Im nächsten Jahr wird es besser! Die Kammer hat doch gesagt, die Weltbevölkerung wächst, die Agrarfläche stagniert, die Preise werden steigen. Der Nachbar gibt auf! Schnell zu ihm, bevor ein anderer die Fläche pachtet. Im Hamsterrad ist viel Platz

geworden. Ein junger Laufnachbar fragt: „Was sagst du zu CETA und TTIP?“ „Was ist das? Ist das eine neue Erntemaschine?“ Er sieht ihn entsetzt an, schweigt und beide laufen weiter, damit sie den Anschluss nicht verlieren.



Foto: pixabay



Einheitswert und Sozialversicherung: Ab 1. Jänner gelten die neuen Bescheide.

Ab dem 1. Jänner 2017 gelten die neuen Einheitswertbescheide für den Bereich der Sozialversicherung. Das heißt, dass ab diesem Zeitpunkt die Hauptfeststellungsbescheide sowohl im Versicherungs- und Beitragsrecht als auch im Leistungsrecht zu berücksichtigen sind. Während der Zeit der Zustellung der neuen Bescheide und der technischen Umstellung wird die Beitragsberechnung aber vorläufig weiterhin auf Basis der alten Einheitswerte erfolgen.

Foto: pixabay

Landesrat Hiegelsberger mit der Premierministerin der Provinz Westkap im Sommer 2016 in Oberösterreich. Im November startete er seinen Gegenbesuch.



Foto: Land OÖ / Kauder

Trotz besonders geringer Exportquote nach Südafrika

Landesrat Hiegelsberger sucht Kooperationsmöglichkeiten

Im Zuge einer Fachexkursion nach Südafrika versuchte Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger neue Kontakte zu knüpfen und alte zu intensivieren. Dazu ist ab 2018 ein Schüleraustausch geplant. Oberösterreich soll also südafrikanische Bauern ausbilden. Hiegelsberger erhofft sich dadurch eine Zusammenarbeit bei Genossenschaften und bei der Lebensmittelindustrie.

Slums, Armut, geringe Bildung, ungleiche Landverteilung, strukturelle Probleme in der Landwirtschaft und eine riesige Arbeitslosenquote sind Probleme, mit denen das afrikanische Land am Kap der guten Hoffnung zu kämpfen hat. Gleichzeitig ist vor allem das Westkap die Kornkam-

mer des Landes. Ein Viertel der Agrarproduktion Südafrikas kommt von dort: Milch, Früchte, Fleisch, Getreide, Obst und Wein.

Die Importe und Exporte zwischen Österreich und Südafrika betragen indes nur 0,3 bis 0,4 Prozent des gesamten österreichischen Außenhandelsvolumens. An dritter Stelle bei den Einfuhren liegen vor allem Gemüse und Früchte.

Bei diesen Zahlen muss sich Hiegelsberger die Frage gefallen lassen, welchen Mehrwert für die oberösterreichischen Bauern er darin sieht, eine stärkere Kooperation mit Südafrika zu suchen.

Export- und Marktchancen könnten sich für die heimischen Betriebe zwar ergeben, aber eine Entlastung etwa des Milchmarktes oder des Schweinemarktes ist durch die Kooperation mit Südafrika derzeit nicht in Sicht. Viele Landwirte wünschen sich daher von der Landespolitik eine andere Schwerpunktsetzung, etwa ein Vorgehen gegen die immens schädlichen Russland-Sanktionen der EU.

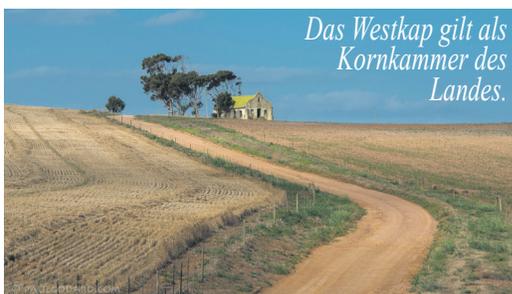


Foto: Flickr, Paul Godard (CC BY-NC-ND 2.0)

Wir Bauern

Hochmut kommt vor dem Fall

„In den vergangenen Tagen sind in den Briefkästen auf den Höfen die grüne und die blaue Zeitung für Landwirte eingetroffen. Zumindest weiß man jetzt wieder was alles nicht geht“, so die Bauernbunddirektorin. Sie warnt die Bauern, der „billigen Polemik“ nicht auf den Leim zu gehen, die darauf abziele, die Bauernschaft gegeneinander auszuspielen. Die erste und wichtigste Aufgabe einer Opposition ist nun einmal Fehler und Defizite zu kritisieren. Davon gibt es in der Agrarpolitik aktuell viel zu viele und

Franz Graf

nur eine dafür Verantwortung tragende Partei. Wenn sich der Bauernbund schon selbstherrlich zum „Schutzbund“ der Bauern hochstilisiert, muss er sich auch kritische Fragen gefallen lassen. Zum Beispiel wie sich ein inflationsbereinigter Einkommensrückgang von mehr als 40 Prozent in den letzten vier Jahren, mit einer saftigen Einheitswerterhöhung verträgt. Und bitte nicht wieder das Märchen von „alles andere hätte eine Abschaffung des Einheitswertes bedeutet“ anstimmen. Oder die euphorische Zustimmung zu den geplanten Freihandelsabkommen: eine Chance für unsere Bauern. Das für den US-Markt zu behaupten, bei 50 Mio. Essensmarkenbeziehern und mehr als 75 Prozent GVO-Produktion im Lande, ist vielleicht doch ein wenig realitätsfern. Unsere Antworten und Vorschläge liefern wir ab, wengleich das Aufgabe der Verantwortungsträger wäre. Bis jetzt wurden diese hochmütig abgelehnt. Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Diese Schweine müssen richtig hart trainieren



Der chinesische Bauer Huang Deming lässt seine Schweine täglich rennen und springen. So müssen sie u.a. von einer hohen Brücke aus ins Wasser springen. „Es ist gut für ihr Immunsystem“, erklärt Huang Deming. Das gut trainierte Fleisch verkauft er zum dreifachen Normalpreis.

Foto: Keystone/guo Quan

Verbalentgleisung eines Pfarrers in Mondsee



Bei einem Gottesdienst in der Basilika St. Michael in Mondsee hat Aushilfspfarrer Ernst Ellinger bei einer hetzerischen Predigt FPÖ-Mitglieder heftig beleidigt. Gemäß zahlreicher Medienberichte musste Ellinger seinen Hut nehmen, die Diözese entband ihn von seinen Aufgaben.

Foto: pixabay

Weihnachtszauber über Österreich



Foto: OÖ Tourismus/Schwager

Die Vorweihnachtszeit hat begonnen: Das Warten bis zum Heiligabend versüßen viele Christkindlmärkte, beispielsweise in Linz, Steyr oder Hallstatt. Doch mitunter lohnt sich auch eine längere Autofahrt. Denn unsere österreichische Heimat hat auch außerhalb des eigenen Bundeslandes viele wunderschöne Weihnachts-Zauber-Orte zu bieten. Bekannt ist beispielsweise der Weihnachtsmarkt am Spittelberg in Wien. Enge Gassen und gemütliche Lokale schaffen hier eine belebte, doch auch heimelige Atmosphäre. Ein kleiner Geheimtipp ist der Bergadvent in der Wildschönau in Tirol. Dort dreht sich alles um Handwerk, Brauchtum und das traditionsreiche Leben der Bergbauern. Bis zum 24. Dezember lädt ein kleines Weihnachtsdorf in Graz zum Bummeln und Naschen ein. Eine besondere Attraktion ist der neue Pavillon mit integriertem Engelsspiel. Auch der Weihnachtsmarkt am Salzburger Domplatz ist eine Reise wert. Dort beeindruckt vor allem der gläserne Weihnachtsbaum inmitten des Platzes. Besonders toll: Der Salzburger Weihnachtsmarkt kann sogar bis zum 26. Dezember besucht werden!

Foto: pixabay



Asylanten bekommen mehr Geld als Unfaire Mindestsiche

Die Kürzung der Mindestsicherung für Asylanten sorgt derzeit bundesweit für Diskussionen. Während die Bundesregierung es bis zum Redaktionsschluss nicht schaffte, eine gemeinsame Regelung zu schaffen, nimmt Oberösterreich eine Vorreiterrolle ein. Hier wurde die Mindestsicherung für Asylanten auf 520 Euro gesenkt. Die befürchtete Kostenexplosion durch den Flüchtlingsansturm im vergangenen Spätsommer zwang dringend zum Handeln. Das Budget der kommenden Jahre wird durch die Sozialausgaben zunehmend belastet. Die Sor-

ge wächst, dass das Sozialsystem nicht mehr finanzierbar sein wird, wenn die Ausgaben – vor allem für Asylanten – nicht rasch gesenkt werden. Zudem wird es von vielen als ungerecht empfunden, dass ein Asylant, der noch nie in das Sozialsystem eingezahlt hat, die gleichen Leistungen bekommen soll, wie jemand, der sein Leben lang gearbeitet hat. Ein Beispiel ist etwa vor kurzem in den Medien behandelt worden: Ein Bauer, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, erhält 620 Euro Pension, während Asylanten 837,60 Euro Mindestsicherung be-

ziehen. Betrachtet man dazu die teilweise stark überhöhten Gehälter (inklusive diverser Nebenjobs) einiger SPÖ- und ÖVP-Politiker, kann man die steigende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung nachvollziehen. FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache kommentierte diese Entwicklung auch in einer Nationalratsrede: „Da fragt sich jeder Mensch, der jahrzehntlang hart gearbeitet hat: Ist das gerecht?“, dass jetzt „Menschen zu uns kommen, den Asylstatus erhalten, keine Minute gearbeitet haben, nichts in dieses System

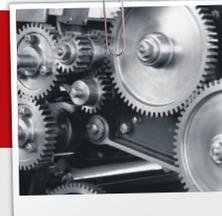
Ehemann verfolgt seine Frau mit Video-Drohne



John Consiglio aus dem US-amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania hatte schon längere Zeit den Verdacht, dass seine Frau fremdgeht. Mit einer Kamera-Drohne verfolgte er sie von zu Hause aus. Seine schlimmsten Befürchtungen wurden bestätigt. Jetzt droht vielleicht die Scheidung!

Foto: pixabay

FPÖ übt harte Kritik an Maschinensteuer



Oberösterreichs FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr betont: „Wir werden den Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen.“ Die Senkung der Lohnnebenkosten sowie der Bürokratie und die Ausbildungsförderung seien u.a. vorrangige Ziele.

Foto: pixabay

Ein Jahr nach dem Arbeitsübereinkommen in OÖ: ÖVP und FPÖ ziehen Bilanz

Vor einem Jahr wurde das Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ in Oberösterreich abgeschlossen. Vor allem gegenüber der FPÖ blieb das Misstrauen des Establishments groß, viele trauten ihr keine gute Regierungspolitik zu. Doch zahlreiche FPÖ-Gegner nehmen jetzt ihre Kritik zurück: Mitte Oktober konnte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von ÖVP und FPÖ eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Zu den Meilensteinen zählen unter anderem die Initiative für Deutsch als verpflichtende Schulsprache auf den Pau-

senhöfen, flächen-deckender Ausbau von schnelleren Internetverbindungen, die Unterstützung neuer Unternehmen (Start-ups) sowie die Abschaffung der Schulsprengel in Oberösterreich, womit lästige Umschulungs-Anträge der Vergangenheit angehören. Zudem konnte mehr günstiger Wohnraum für junge Oberösterreicher geschaffen werden. Außerdem hat die FPÖ eine stärkere Förderung von Familien durchgesetzt, Zwillinge und Drillinge



Foto: OÖVP

bekommen beispielsweise mehr Geld vom Staat. Zum Ziel seiner Arbeit betonte Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FPÖ) voller Tatendrang: „Es geht darum, unsere Heimat zu sichern.“

Horror-Clown-Trend auch in Linz: Nur geschmacklos

Nachdem in den USA sogenannte „Horror-Clowns“ die Stadt Greenville in Atem hielten und zahlreiche Kinder verschreckten (der „Freie Bauer“ berichtete), ist der Trend auch in Österreich angekommen. Einige Österreicher wurden zum Opfer der geschmacklosen Scherzbolde. In Kärnten verletzte sich infolge einer Clown-Attacke sogar ein Mädchen, in Halblein-Burgfried (Salzburg) stieß ein Verkleideter Ende Oktober einen 14-jährigen Bubben vom Fahrrad. Auch in Linz trieben die Clowns ihr Unwesen: In einem Youtube-Video berichtete ein schockierter

Bub, er habe einen Maskierten im Bezirk Neue Heimat gesehen. Vor den Linzer Redoutensälen in der Innenstadt tauchten zwei Horror-Clowns auf, ließen sich sogar fotografieren. Die Maskierten trugen Hitlerbärtchen und hielten eine Maske des Landeshauptmanns Josef Pühringers in der Hand. Es handelte sich offensichtlich um Unterstützer einer linken Wut-Demonstration in Linz, die am 29. Oktober zu mehreren Gewaltakten führte und deren Absicherung den Steuerzahler laut Polizei mindestens 100.000 Euro kostete.



Foto: H. a. re. - pixabay



Mistkübelbüro kostet 30.000 Euro

Im 17. Bezirk planten Wiens städtische Müllentsorger die Errichtung eines Büros. Deren Chef Josef Thon, Lebensgefährte der verantwortlichen Umweltstadträtin Ulli Sima (SPÖ), hat sich laut Medienberichten dafür eingesetzt, dass ein Büroentwurf in Form einer Mega-Mülltonne gestaltet wird. Doch das Projekt wurde von der Wettbewerbs-Jury verworfen. Das nicht realisierte Mistkübel-Büro kostete den Steuerzahler mehr als 30.000 Euro.

Bauern: rung

eingezahlt haben und sofort eine Mindestsicherung und alle möglichen zusätzlichen Förderungsmechanismen erleben.“

Strache schlägt einen Dreipunkte-Plan zur Senkung der Ausgaben vor: Streichung der Mindestsicherung für Asylanten und subsidiär Schutzberechtigte und Umstellung auf Grundversorgung, Umwandlung der Grundversorgung auf Sachleistungen und verpflichtende Sozialarbeit und gemeinnützige Tätigkeiten für Asylanten, Schutzberechtigte und Asylwerber ohne Bezahlung.

TV-Duell: Zuschauer von Hofer überzeugt

Ein Rededuell der Superlative: Im neuen Sender „oe24.TV“ standen sich am 17. November die Bundespräsidentschaftskandidaten Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen gegenüber. Hofer überzeugte dort 54 Prozent der Zuschauer. Van der Bellen lag ganze acht Prozentpunkte hinter ihm.

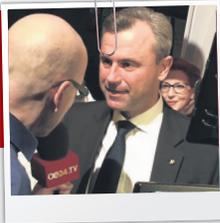


Foto: FPÖ

Schweinsbratendiebe in NÖ unterwegs

Einen Einbruch der besonderen Art leisteten sich Diebe im niederösterreichischen Langenzersdorf (Korneuburg). Sie verschafften sich illegal Zutritt zu einem Heurigen und stahlen ausschließlich Schweinsbraten. Zugleich richteten die Täter jedoch hohen Schaden an den Kühlanlagen an.



Foto: pixabay

Bereits im Sommer gab es sexuelle Übergriffe Asyl-Klasse: Eltern in Angst

Seit Mitte November holen insgesamt 183 offiziell minderjährige Asylanten in Oberösterreich ihren Pflichtschulabschluss nach. Innerhalb weniger Wochen sollen sie so einen ähnlichen Wissenstand wie ein in der 9. Klasse abgängiger österreichischer Pflichtschüler erlangen. Sowohl Pädagogen als auch Politiker kritisieren die vom Integrations-Landesrat Rudi Anschober (Grüne) auf den Weg gebrachte Turbo-Initiative scharf. Insbesondere an der NMS Harbachschule in Linz-Urfahr ist zudem die Angst vieler Eltern groß. Sie

wurden erst drei Tage vor dem dortigen Schulbeginn der Asylanten informiert. Erst im Sommer gab es brutale sexuelle Übergriffe von Ausländern auf Mädchen an der Harbachschule. Der Linzer Stadtrat Markus Hein (Bild) betont dazu: „Unsere Kinder für linke Wunschvorstellungen dieser Gefahr auszusetzen, ist unglaublich.“ Insgesamt besuchen 20 vorgeblich minderjährige Asyl-

werber dort den Unterricht und lernen umfassend Deutsch. Experten empfehlen stattdessen, die Asylanten in anderen Räumlichkeiten für die erfolgreiche Rückkehr und den Wiederaufbau ihrer Heimat auszubilden. Bedenken gibt es auch, weil sich bei medizinischen Tests herausstellte, dass fast die Hälfte der angeblich minderjährigen, 2015 registrierten Asylwerber bereits über 18 Jahre alt ist.



Foto: FPÖ Linz



Viele müssen zu Weihnachten sparen

75 Prozent der Österreicher müssen zu Weihnachten aufs Geld schauen, während ein Viertel finanziell unbesorgt sein kann. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Direktbank „ING-DiBa“. Demnach würden vor allem junge Männer zu Weihnachten weniger aufs Geld schauen. Drei Viertel der Österreicher stört laut der Umfrage zudem der Konsumdruck während der Weihnachtszeit.

Foto: pixabay



Unfälle im Winter: Augen auf im Straßenverkehr

475 Menschen kamen 2015 auf Österreichs Straßen ums Leben. In Oberösterreich wird ein Drittel aller Unfälle durch Ablenkung, beispielsweise leichtsinnige Telefonate ohne Freisprechanlage, verursacht. „Diese Gefahr wird generell stark unterschätzt“, warnt Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner jetzt. Bei

den Fußgängern sind im Straßenverkehr außerdem sichtbare, helle Kleidung sowie, falls möglich, Reflektoren dringend zu empfehlen. Erschreckend: Rund 50 Prozent der österreichischen Kinder sind laut dem „Kuratorium für Verkehrssicherheit“ im Straßenverkehr zu dunkel gekleidet.

Foto: KEFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)/APA-Fotoservice/Juliasz

Gehen dem ORF nun die Finanzmittel aus?

Dem öffentlich-rechtlichen Staatssender ORF droht ein großes Finanzierungsloch für das Jahr 2017. Insgesamt sollen 42 Millionen Euro fehlen. Erst nach seiner Wiederbestellung für den Chefposten hat der von der SPÖ ins Rennen gebrachte ORF-Boss Alexander Wrabetz diese dramatische Finanzierungslücke präsentiert. Für die Geldprobleme werden verschiedenste Umbaukosten sowie andere Projekte verantwortlich gemacht. In Regierungskreisen wird nun laut verschiedenen Medienberichten erwartet, dass Wrabetz Anfang 2017 um eine Genehmigung für eine Gebührenerhöhung bitten wird. Experten, die den ORF bereits seit langer

Zeit untersuchen, sehen jedoch klares Einsparungspotenzial bei dem Staatssender. Vor allem im Bereich der Technik und der Strukturen gäbe es Rotstift-Potential. So könnten innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren etwa 100 Millionen Euro eingespart werden. Branchenkenner vermuten jedoch laut der Kronen-Zeitung, dass „vermutlich wieder beim Programm gespart werden wird“. Bereits für seine Berichterstattung zum Bundespräsidentschaftswahlkampf erntete der ORF scharfe Kritik. Viele Zuschauer bemängelten, Alexander Van der Bellen (Grüne) sei in Talkshows gegenüber Norbert Hofer (FPÖ) einseitig bevorzugt worden.

Hassrapper: Linzer Bub schockt Internet

Der Linzer Pseudo-Rapper „Gaunah“ schreibt auf Twitter: „Hy @vanderbellen meine Stimme hast du“. Zugleich mobilisierte er in einem umstrittenen Video gegen Norbert Hofer. Szene-Kenner vermuten, dass ein Zusammenhang zwischen dem Bub und dem früheren „Little DJ Ötzi“ besteht.



Foto: Screenshot, youtube

Unfall: Mit Volldampf über die Böschung

Am 18. November kam es im Bezirk Vöcklabruck zu einem seltenen Verkehrsunfall. Ein 29-Jähriger und ein 17-Jähriger kamen in einem Traktor von der Straße ab, stürzten böse über die Böschung. Der 29-Jährige verletzte sich. Ein Alkoholtest bei ihm ergab 1,5 Promille „Vollbetankung“.



Foto: pixabay



Foto: reporter.co.at

◁ Dieses Bild entstand am 19. September 2015 am österreichisch-ungarischen Grenzübergang in Heiligenkreuz. Für Polizei und Bundesheer war es kein einfacher Einsatz, unter den anstürmenden Menschenmassen für Ordnung zu sorgen.

Österreich und die Vereinigten Staaten

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten sorgte bei Österreichs etablierten Politikern und Medien für Unmut. Der Bundespräsidentenskandidat Alexander Van der Bellen (Grüne) warf dem zukünftigen US-Präsidenten bereits Hetze vor und übte scharfe Kritik. Der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer will dagegen jetzt seine guten USA-Kontakte nutzen, um Beziehungen im Sinne der heimischen Wirtschaft aufzubauen. Dies bekräftigte er bei einem Wahlkampfauftritt in Oberösterreich, wo er auch mit Vertretern kleiner und mittelständischer Unternehmen sprach. „Ich habe sehr gute Beziehungen in die USA, nach Russland, Serbien, in die Tschechische Republik, nach Slowenien, Kroatien und China. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, auch unserer Wirtschaft zu helfen“, versprach Hofer voller Tatendrang.



Foto: Flickr, Gage Skidmore (CC BY-SA 2.0)

Parlamentarischer Anfrage folgt Schock-Antwort Mit Massenzuwanderung steigt Terrorismusgefahr

Mehr als brennend bleibt die brisante Antwort des ÖVP-Innenministers Wolfgang Sobotka auf eine parlamentarische Anfrage von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Denn mit der Massenzuwanderung steigt auch die Terrorismusgefahr in Österreich stark.

Laut der Auskunft von ÖVP-Sobotka (Bild) wurden heuer alleine vom 1. Jänner bis 31. August rund 40.000 illegal eingereiste Fremde oder Schlepper in Österreich aufgegriffen. Die meisten darunter waren Afghanen (10.080), gefolgt von Syrern und Pakistani. Für besonders hohe sicherheitspolitische Bedenken sorgt der Umstand, dass sich darunter 4.750 sogenannte Asylwerber im ersten Halbjahr 2016

dem Asylverfahren entzogen haben. Die Mehrheit, nämlich 3.239 Personen, tauchten bereits während des Zulassungsverfahrens in Österreich unter. Das erschwert die Polizeiarbeit erheblich. Zugleich wies der Direktor des österreichischen Verfassungsschutzes Peter Gridling bereits Mitte Oktober auf eine erhöhte Terrorgefahr hin. Der deutsche Bundesnachrichtendienst warnt, der „Islamische Staat“ würde einige seiner Terror-Krieger gezielt dafür ausbilden, als Asylwerber in Europa unterzutauken. Die grausame IS-Strategie ging bisher auf: Die neun Islamisten, die bei einem

Terroranschlag in Paris den Tod von 130 Menschen zu verantworten haben, kamen alle als Asylwerber nach Europa.

Auch bei weiteren Anschlägen in Deutschland und Frankreich waren Asylanten maßgeblich beteiligt. Für FPÖ-Chef Strache kann es – im Interesse der Österreicher – deshalb nur eine Antwort geben: „In der Asyl- und Fremdenpolitik der Regierung herrscht Chaos, die Regierung hat offensichtlich die Kontrolle verloren, die illegale Einwanderung geht munter weiter. Es reicht, wir müssen die Grenzen sofort dichtmachen und konsequent abschieben.“





Hohes Haus

Man kann es nicht mehr schönreden...

Die Situation der österreichischen Bauern wird von Jahr zu Jahr dramatischer. Das wird nicht nur jeder Landwirt bestätigen können, das kann man auch aus dem Grünen Bericht herauslesen, obwohl die Zahlen geschönt sind und teilweise statistische Äpfel mit Birnen verglichen wurden.

Spricht man die Regierung und insbesondere den zuständigen ÖVP-Landwirtschaftsminister darauf an, erhält man eine lapidare Antwort mit der Schuldzuweisung an „die da oben“ – gemeint damit sind die Entscheidungs-

Harald Jannach

träger in Brüssel. Nur ganz so einfach sollte sich das die Bundesregierung nicht machen, denn ganz viele Probleme in der Landwirtschaft sind definitiv hausgemacht! So wurde zum Beispiel im Zuge des Sparpakets im Jahr 2012 der Agrardiesel ersatzlos gestrichen. Auch in der ersten und zweiten Säule der GAP gab es Kürzungen der Fördermittel – jedoch nur für den „kleinen Bauern“ – die Großbetriebe und öffentlichen Institutionen sind die Profiteure dieser ungerechten Verteilung der Agrarförderungen.

Das Ministerium sollte dafür Sorge tragen, dass die Bauern in der Öffentlichkeit nicht länger nur als „Abholer von Fördermitteln“ dargestellt werden, sondern auf die Wichtigkeit des Erhalts des ländlichen Raums hinweisen! Durch die stete Abwanderung der Bauern und Nichtbewirtschaftung von Flächen gehen nicht nur Arbeitsplätze verloren, sondern droht auch ein Verlust der gesicherten Lebensmittelproduktion und unserer hohen Lebensqualität in Österreich.

Foto Ruppreecher: Tjimon Schuil - Lebensmittelministerium.at; Foto Jannach: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONS

Jeden Tag schließen elf landwirtschaftliche Globalisierung ändert un

Seit 1995 müssen jährlich im Durchschnitt 4.043 land- und forstwirtschaftliche Betriebe aufgeben. Das sind elf Betriebe pro Tag. Es wird von einem Bauernsterben gesprochen. Heuer jährt sich zum 390. Mal der oberösterreichische Bauernkrieg von 1626, im Zuge dessen tausende Bauern, im Kampf gegen Macht und Tyrannei, ihr Leben lassen mussten. Heute sterben die landwirtschaftlichen Betriebe leise, doch nicht weniger brutal. Das Diktat des Weltmarktes und sein Werkzeug, die Globalisierung, verändern unser Land.

Im Juli 1960, nach achtjährigen Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ, wurde das Landwirtschaftsgesetz beschlossen. Die wesentlichen Ziele waren, die preisgünstige Ernährungssicherung der Bevölkerung, sowie die Teilnahme der bäuerlichen Bevölkerung an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Mit diesem Beschluss wurde außerdem dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Verpflichtung auferlegt, jährlich einen Bericht über die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft des abgelaufenen Kalenderjahres zu erstellen. Die Doku-

Wenig Aussagekraft

mentation der Zahlen ist wichtig, doch der Vergleich der Zahlen lediglich mit denen des Vorjahrs, lässt keine Schlüsse auf die tatsächliche Situation der Landwirtschaft zu. Im Jahr 1960 wurden in Österreich noch 400.000 Betriebe bewirtschaftet, zwei Drittel davon wurden im Haupterwerb geführt. Von einem Betrieb wurden damals im Durchschnitt 18,8 ha bewirtschaftet. Bei der letzten Agrarstrukturhebung für das Jahr 2013 waren es nur mehr

166.317 Betriebe (-140,5 Prozent), davon sind 37,3 Prozent Haupterwerbsbetriebe. Im Durchschnitt werden nun 43,7 ha bewirtschaftet. Auch in der Tierhaltung ist dieser Trend zu größeren Betrieben nicht aufzuhalten.

Einkommensverluste

Zum vierten Mal in Folge ist die heimische Land- und Forstwirtschaft mit einem Einkommensrückgang konfrontiert. Gegenüber dem Jahr 2014 sanken die Einkünfte im Durchschnitt um 17 Prozent. Seit 2011 haben die österreichischen Bauern mehr als ein Drittel an Einkommen verloren. Die durchschnittliche Alterspension für Bauern beträgt 818 Euro, Männer: 1.153 Euro und Frauen: 637 Euro (2015). Keine andere Bevölkerungsgruppe hat mit derartigen Entwicklungen und Herausforderungen zu kämpfen.

„Die Einkommensrückgänge führen uns deutlich vor Augen, wo wir jetzt ansetzen müssen. Die Landwirtschaft steht derzeit vor großen Herausforderungen“, so der damalige Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, 2010. Jahre später, kommentierte Jakob Auer, Präsident des Österreichischen Bauernbundes, die Präsentation des Grünen Berichtes 2014 mit ähnlichen Wor-

ten. „Unsere Bauern erzeugen hervorragende Qualität, haben aber mit schwierigen Marktbedingungen zu kämpfen, wichtig ist es, dass die Landwirte für ihre Produktion auch faire Preise erhalten“. Vor drei Monaten sprach auch der aktuelle Landwirtschaftsminister, Andrá Ruppreecher (Bild li.), von einer dramatischen Entwicklung: „Diese Zahlen sind für uns ein Handlungsauftrag“. Die Österreichische Volkspartei führt nunmehr seit 1987 das Landwirtschaftsministerium, da scheinen die medienwirksamen Reaktionen über die Ergebnisse des Grünen Berichtes etwas unverständlich. „Wird eine kleinstrukturierte Landwirtschaft überhaupt noch gewünscht?“, fragte NAbg. Josef Riemer (FPÖ) kritisch. „Die Landwirtschaft ist am Markt angekommen, das ist da und dort schmerzhaft“, analysiert Ruppreecher die Situation.

Milchquote

Christian Felber, Wirtschaftspublizist, zum Strukturwandel: „Also, wenn ich ein Agro-Industrieller wäre, und mir die effektivste Maßnahme ausdenken müsste, um den Strukturwandel voranzutreiben und um noch größere Strukturen zu schaffen und um alle kleinen Milchbauern und Grünlandbauern auszuradieren, ich würde die Milchquote abschaffen. Weil das ist die beste Garantie, dass sich dann die größeren Einheiten gegen die kleineren Einheiten in einem unerbittlichen, in einem blutigen Preiskampf durchsetzen und das ist genau das, was wir jetzt



Betriebe ser Land

erleben“. Auch Univ.-Prof. i.R Alfred Haiger, Universität für Bodenkultur, hinterfragt das System kritisch: „Die sogenannten Förderungen, die die Bauern bekommen, sind dazu da, dass die Lebensmittel billiger sind. Sie fördern nicht die Bauern, sonst würden nicht jedes Jahr zehntausende von der Landwirtschaft Abschied nehmen“. Außerdem: „Die EU



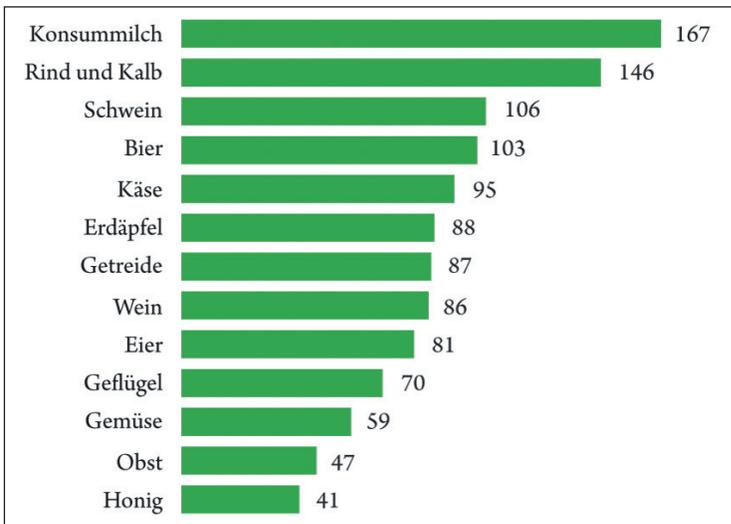
Foto: pixabay

Bedrohung für Afrika

importiert im Jahr 35 Millionen Tonnen Futtermittel, diese kommen zu zwei Dritteln aus Entwicklungsländern. Damit werden vier Millionen Tonnen Überschüsse erzeugt und zwei Drittel der sogenannten Subventionen für die Landwirtschaft gehen für die Exporte auf. So schädigen wir die Nigerianer zweimal: Einmal nehmen wir ihnen den Grund und Boden weg, wo sie Bohnen oder Mais anbauen könnten und dann schicken wir ihnen unsere Tomaten, die billiger sind als in Ghana und sie haben wieder keine Arbeit“, erklärt Univ.-Prof. Haiger.

Abhängigkeit

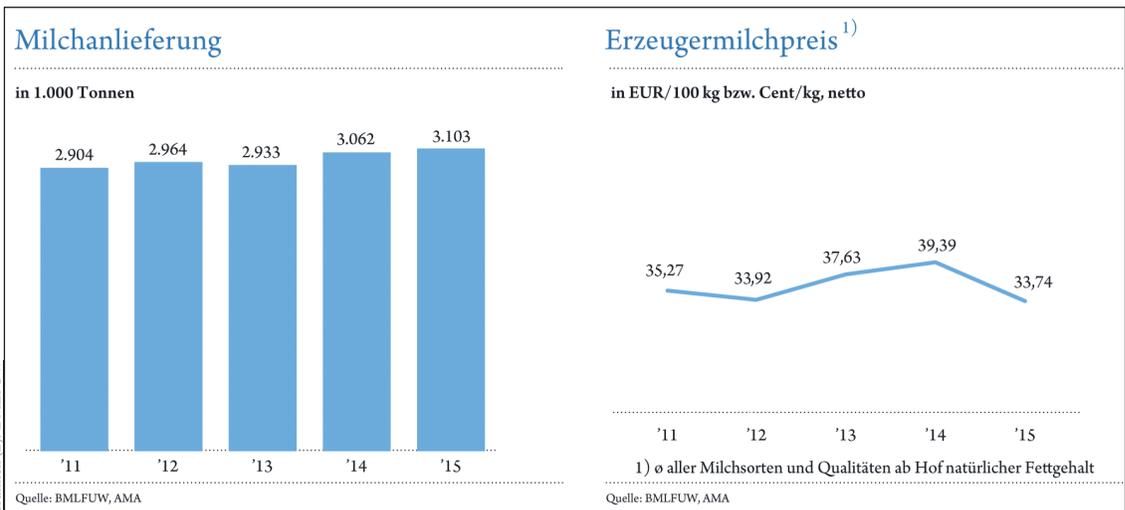
Die Europäische Landwirtschaft wurde bewusst von Subventionen abhängig gemacht, nur um am Weltmarkt mitmischen zu können. Ob dieses System Zukunft hat, ist zu bezweifeln. Die Einkünfte von Futterbaubetrieben beispielsweise stammten zu 95,7 Prozent aus öffentlichen Geldern. Hinzu kommt die Tatsache, dass unter rund 54 Fördernehmern, unter dem Titel Agrarförderungen mit mehr als einer Million Euro, nur zwei landwirtschaftliche Betriebe sind. Die bäuerliche Kultur ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, das ist unbestritten, doch warum weigert sich die Politik am Markt einzugreifen und opfert so die heimische Landwirtschaft dem liberalen Weltmarkt?



△ Die Agrarpolitik hat die Landwirte in die Abhängigkeit von Förderungen getrieben.

◁ Selbstversorgungsgrad bei verschiedenen Erzeugnissen. Quelle: Statistik Austria

Auch nach Ansicht des Wirtschaftspublizisten Christian Felber führt die Abschaffung der Milchquote zu einem unerbittlichen Preiskampf, bei dem kleine und mittlere Betriebe auf der Strecke bleiben. Die derzeitige Entwicklung gibt ihm recht. ▽



Pfarrer Wagner im Gespräch mit „Der freie Bauer“

Wir erleben einen Werteverfall

Die Globalisierung lässt zunehmend negative Effekte auf unser Land sichtbar werden. Österreichweit müssen beispielsweise seit 1995 im Durchschnitt elf land- und forstwirtschaftliche Betriebe pro Tag aufgegeben werden. Die Selbstmordrate französischer Bauern liegt bei 600 pro Jahr. Der globale Handel mit Lebensmitteln, der Kampf um Geld und Wachstum, zu dem uns der liberalisierte Markt zwingt, steht im Gegensatz zu heimischer Kultur und Traditionen.

Wie wichtig sind christliche Werte, Kultur und Traditionen für das Leben der Menschen?

Obwohl christliche Werte, Kultur und Traditionen für den Menschen sehr bedeutsam sind und deshalb auch vom Menschen gepflegt werden müssen, beklagen wir tatsächlich einen eklatanten Werteverfall in den säkularisierten westlichen Gesellschaften. Ausdrücklich möchte ich da den Genderwahnsinn nennen, der mit großer Vehemenz betrieben wird, eine Kampfansage gegen das christliche Menschenbild. Wo sind die vielen praktizierenden Christen, die es in keinem Fall zulassen dürfen, dass die Familie neu definiert und letztlich zerstört wird? Dass Kinder durch eine neue „sexuelle Vielfalt“ missbraucht werden? Viele Menschen lassen heute die Gleichgültigkeit hochleben und zeigen sich so in aller Öffentlichkeit tolerant. Wenn in der heutigen Zeit immer wieder eine Wertediskussion gefordert wird, dann dürfen wir nicht vergessen, dass der Begriff „Wert“ auch die Dimension einer geglückten Gottesbeziehung umfasst. Vor allem kann man ohne Gott die Allgemeingültigkeit der Werte und ihre verpflichtende Kraft nicht mehr begründen. Und wo es dann um Gemeinschaft geht, wird auch von der Kirche die Rede sein müssen, die Kultur trägt und Traditionen pflegt. Geht vielleicht deshalb die Solidarität unter den Menschen verloren, weil wir längst in einer gottlosen Gesellschaft leben? Es ist schade, wenn

in unserer Zeit nur mehr das zählt, was man zählen kann. Das Geld!

Was bedeutet Toleranz für Sie?

Obwohl Toleranz heutzutage geradezu ein „Zauberwort“ geworden ist, wissen viele nicht, was der Begriff wirklich meint, und was wir Christen damit zu tun haben. Der Christ achtet die Entscheidung Andersdenkender und Andersgläubiger, hält jedoch am Wahrheitsanspruch seines christlichen Glaubens fest. Toleranz kann deshalb nicht heißen, dass jeder Recht hat. Toleranz meint sehr oft nicht den Respekt vor dem anderen und seiner Überzeugung, sondern sie wird zur „Tarnkappe“ für die eigene Standpunktlosigkeit, die man dann auch von anderen einfordert. Immer wieder stelle ich in unserer Zeit fest, dass Menschen für sich selbst Toleranz fordern, aber nicht bereit sind, diese Toleranz anderen zu gewähren. Alles wird in unserer Zeit toleriert, nur nicht das Katholische. Zugleich ist der Mensch taub und blind geworden für die größte Gefahr für unsere Zivilisation, die Europa vom Islam droht. Den Islam müssen wir als Gefahr für Europa sehen, aber Menschen, die wirklich in Not sind, müssen wir helfen.

In der Zeit der kürzesten Tage und der längsten Nächte denkt man gerne

an das vergangene Jahr zurück und setzt sich Ziele für das Neue. Was möchten Sie ihren Landsleuten mit auf den Weg geben?

Keiner soll in unserer Zeit die Kirche verlassen. Niemand soll aus der Kirche austreten, auch wenn die Kirche aus Menschen besteht, die voll von Sünden sind und deshalb auch die Menschen enttäuschen. Die Sünden wollen wir hassen, den Sünder aber lieben. Ich sehe heute eine dreifache Chance und einen dreifachen Auftrag für alle Menschen: 1.) die Wahrheit, die das Leben trägt, 2.) die Ehrfurcht, um noch staunen zu können und 3.) ein Herz, das sich verschenkt. Wir müssen in der Tat in der Zukunft noch mehr damit rechnen, dass nicht zuletzt durch gezielte Medienpolitik eine Gesell-

schaft ohne Konturen herangezüchtet wird, damit es keine Profile und keine Wahrheitsansprüche mehr geben kann. Entscheiden wir uns für das tägliche Gebet, für die Sonntagsmesse, für die religiöse Erziehung unserer Kinder, für das katholische Glaubenszeugnis auch in der Öffentlichkeit. Wer von Bekenntnis und Wahrheit spricht, wird von der Keule „Fundamentalist“ mundtot gemacht. Diese Art von mangelnder Toleranz darf uns in Zukunft nicht mehr erschrecken.

◁ Pfarrer Dr. Gerhard Maria Wagner wurde am 17. Juli 1954 geboren, wuchs im Mühlviertel auf, maturierte am Gymnasium Collegium Petrinum in Linz und promovierte in Rom. Seit 1988 ist er Pfarrer in Windischgarsten.



„Smart Farming“ ist am Vormarsch



Die Digitalisierung in der Landwirtschaft schreitet rasant voran. Schon heute nutzt mehr als jeder Zweite in der Branche (53 Prozent) digitale Lösungen. Das zeigt eine repräsentative Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter 521 Landwirten und Lohnunternehmern.

Foto: pixabay

Auszeichnungen für OÖ-Mostproduzenten



Im Rahmen des „Genuss Salons“ wurden Mitte November 16 oberösterreichische Qualitätsmost-Produzenten ausgezeichnet. Der fruchtige Jungmost präsentiert sich 2016 erstmals ausschließlich als Qualitätsmost mit staatlicher Prüfnummer. Die Prüfung erfolgt nach strengen Auflagen.

Foto: pixabay

Seit 2007 helfen sie Bauernfamilien in Notlagen Initiative „Bauern für Bauern“

Seit 2007 werden Bauernfamilien in Not aus ganz Österreich mit der Spendenaktion „Bauern für Bauern“ finanziell unterstützt. Dank der bäuerlichen Solidarität konnte seither bereits vielen Familien rasch und unbürokratisch geholfen werden. Zur Weihnachtszeit startet aktuell die zehnte Spendenaktion.

„Die Verzweiflung kann groß sein, wenn solch unvorherseh-

bare Ereignisse Familien treffen. Mit unserer Aktion haben wir die Möglichkeit schnell zu reagieren“, erläutert Johann Schinko (Bild), Vorstand von „Bauern für Bauern“. „Die Idee des Maschinenrings wurzelt in der solidarischen, wechselseitigen Hilfe unter Landwirten, etwa im Rahmen der Sozialen Betriebshilfe. Mit ‚Bauern für Bauern‘ gehen wir noch einen Schritt weiter“, fügt

Hans Peter Werderitsch, Obmann der Aktion, hinzu. Seit der Gründung von „Bauern für Bauern“ konnten bereits über 135 Familien mit finanziellen Zuwendungen im Ausmaß von bis zu 6.000 Euro unterstützt werden.



Foto: Maschinenring

Bauern gehen wieder leer aus

Anfang November hat der Lebensmittelhandel die Preise für Butter und Trinkmilch in den Regalen um durchschnittlich zehn Cent erhöht. Interessenvertreter der Landwirte fordern nun, die Preiserhöhungen auch rasch an die Bauer weiterzugeben. In OÖ kommt nur ein Cent der Erhöhungen bei den Bauern an. Die restlichen neun Cent streichen offensichtlich Handel und Molkereien ein.



ECHTER PATRIOT:

**GREGOR GEHT AUCH FÜR DIE
SCHWÄCHSTEN DURCHS FEUER.**

SEI WIE ER: ECHTER-PATRIOT.AT

WWW.ECHTER-PATRIOT.AT



Unsere Familien

Anpassung der Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe, die Österreich für im EU- bzw. EWR-Ausland lebende Kinder zahlt, ist an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Herkunftsland anzupassen. Diese langjährige Forderung der Freiheitlichen nach dem „Herkunftslandprinzip“ bzw. der entsprechenden „Indexierung“ der Beihilfe haben die Regierungsfractionen immer wieder abgelehnt, nun greift die ÖVP unsere Initiative plötzlich auf. Mehr als ein vorweihnachtlicher PR-Gag wird das Schreiben der ÖVP-Minister Schelling, Karmasin und Kurz

Anneliese Kitzmüller

an EU-Kommissionspräsidenten Juncker daher leider nicht sein. Dieser Brief kann nur als „Brief ans Christkind“ in der Vorweihnachtszeit abgetan werden. Wirkliche Ergebnisse sind davon aber nicht zu erwarten.

Mit dem Schreiben eines Briefes wird es nicht getan sein. Wenn wir nämlich auf eine Lösung innerhalb der EU warten, werden noch unsere Kindeskinde den vollen Betrag an Familienbeihilfe an die im EU-Ausland lebenden Kinder von in Österreich aufhältigen EU-Bürgern zahlen müssen.

2015 wurden 249 Millionen Euro für 122.000 Kinder ausgezahlt, die gar nicht in Österreich leben. Es ist ja nur logisch, dass man die Beihilfe „indexiert“ und an die Lebenshaltungskosten des Aufenthaltslandes anpasst. Hier würde man sich jährlich 100 Millionen Euro ersparen, die unsere Familien gut und dringend brauchen können. Es wird endlich Zeit, dass sich unsere Politiker wieder um die Menschen im eigenen Land kümmern. Hier gibt es genug zu tun!



Salzkammergut „Riesen-Krippe“ im Weihnachtsort Traunkirchen

Der Weihnachtsort Traunkirchen wird heuer um eine besondere Ausstellung bereichert. Bei der Ausstellung treffen die offenen Landschaftskrippen des Inneren Salzkammergutes auf Viechtauer Eckkrippen. In der Krippenausstellung wird dieser Kunst wieder eine besondere Bühne gegeben. Auch die imposante Jagawehkrippe wird gezeigt. Diese Traunkirchner Landschaftskrippe ist mit einer Breite bis zu fünf Metern die größte Krippe in der Krippensammlung des Salzburg Museums.

Es ist wieder Lebkuchenzeit

Schon die Germanen buken Lebkuchen, um sie in den Rauhächten den Seelen der Verstorbenen zu opfern. Im Klosterleben des Mittelalters war Lebkuchen bei allen Feiertagen und Festen ein Gebäck mit großem symbolischen Wert. Das hat sich zum Teil bis in unsere Tage erhalten – man denke nur an die Lebkuchenherzen auf Kirtagen. Und mit ein paar kleinen Tricks, gelingen auch die ersten Lebkuchen:

- Für den Teig kann man auch Roggenmehl nehmen, dieser wird dann dunkler, schwerer und kräftiger im Geschmack als Teige mit Weizenmehl.
- Rohrzucker oder Gelbzucker machen den Teig wegen des Anteils an Melasse weicher.
- Honig verleiht dem Lebkuchen seine angenehme Süße und seine schöne Bräunung.
- Praktisch und gut sind fertige Lebkuchengewürzmischnungen; Sie bestehen aus Zimt, Piment, Nelken und Kardamom, Koriander, Muskat und Anis.
- Als Triebmittel können Pottasche, Hirschhornsalz, Natron oder auch Backpulver verwendet werden.
- Um eine schöne glatte Oberfläche zu erhalten, ist es wich-

tig, alle Mehreste vom Teig abzukehren.

- Das Backrohr sollte längere Zeit vorgeheizt werden, so erhält der Lebkuchen eine schöne gleichmäßige Bräunung.
- Lebkuchen braucht Zeit, bis er sein volles Aroma entfaltet. Geben Sie ihm dafür mindestens eine Woche. Zwei bis drei Monate kann er bedenkenlos aufbewahrt werden.
- Für die Lagerung eignet sich am Besten eine gut schließende Blechdose.
- Geben Sie bei ausgestochenen Lebkuchen einen Apfel dazu, die Feuchtigkeit macht den Lebkuchen weich und saftig.

Mürbteig:

60 dag Weizenmehl, ½ P. Backpulver, 36 dag Zucker, 4 EL Honig, Zitronenschale, 1 P. Lebkuchengewürz, 4 Eier.

Fülle: 20 dag Nüsse, 20 dag Rosinen, 20 dag Feigen, 20 dag Dörrzwetschen, 10 dag Aranzini oder Zitronat. Alle Zutaten fein schneiden. Die Fülle mit Rum oder Zwetschenschnaps gut befeuchten. Zuerst die Fülle vorbereiten, weil der Teig durch längeres Liegenlassen sehr weich wird.

Für den Teig: Mehl auf ein Brett sieben mit den restlichen Zutaten einen geschmeidigen Teig kneten. Den Teig in zwei Teile schneiden; Boden auswalken, Fülle darauf verteilen; zweite Teighälfte darauf geben; mit Ei bestreichen und mit einer Gabel einstechen. Im vorgeheizten Rohr ca. 40 min. bei 180 Grad backen. Wenn der Lebkuchen leicht überkühlt ist mit einem scharfen Messer gleichgroße Stücke schneiden.



Jeden Samstag ist Bauernmarkt in Aschach



Hier haben die Menschen die Möglichkeit, frische Waren von den Bauern direkt zu beziehen und mit diesen über die Produkte zu plaudern oder auch Fragen zu klären. Öffnungszeiten: von 08.00 bis 11.00 Uhr. Ort: 4082 Aschach an der Donau, Kirchenplatz 2

Foto: pixabay

Einen Besuch wert: Wolfgangseer Advent



Bis zum 18. Dezember finden an jedem Wochentag rund um den Wolfgangsee die verschiedensten Adventveranstaltungen statt. Stimmungsvoll wird im Salzkammergut die besinnliche Zeit eingeläutet. Unter anderem gibt es einen barocken Adventmarkt und ein romantisches Krippendorf.

Foto: Wolfgangsee Tourismus Gesellschaft

Oberösterreich an Spitze der heimischen Gänseproduktion

Vorsichtiger Optimismus herrscht bei Oberösterreichs Ganslbauern. Aktuell verkaufen 244 Betriebe in ganz Österreich jährlich rund 40.000 Gänse. Die Marke „Oberösterreichische Weidegans“ ist mittlerweile eine der bekanntesten Gänsemarken Österreichs. Allein in Oberösterreich halten 118 Ganslbauern rund 20.000 Gänse. Damit führt Oberösterreich klar die heimische Gänseproduktion an.

Doch auch im nächsten Jahr wird der Druck auf die österreichischen Gänseproduzenten wieder hoch sein. Die polnischen und ungarischen Gänsehälter werden versuchen, mit ihrer Ware, die sie wegen der EU-Russland-Sanktionen

nicht absetzen können, auch auf den österreichischen Markt zu drängen. Dennoch hoffen die heimischen Ganslbauern, dass der Konsument lieber zu österreichischen Gänsen ten-

diert. Frische, konventionelle Weidegänse kosten ab Hof im Durchschnitt ca. elf Euro pro Kilo und vergleichbare Bio-Ware ca. 12,50 Euro pro Kilo.

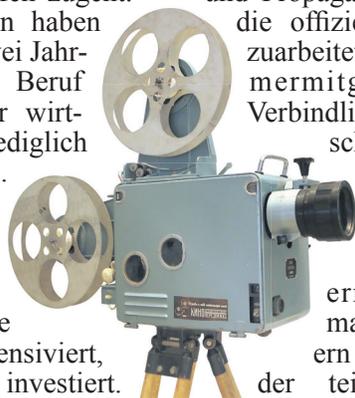


Foto: pixabay

Schockierender Dokumentarfilm zur Bauernnot

„Bauer unser“ läuft im Kino

Ein neuer Dokumentarfilm des österreichischen Regisseurs Robert Schabus zeigt gleichermaßen ungeschönt wie unaufgeregt wie es auf Österreichs Bauernhöfen zugeht. Tausende Bauern haben in den letzten zwei Jahrzehnten ihren Beruf aufgegeben oder wirtschaften heute lediglich im Nebenerwerb. Die verbliebenen Betriebe mussten wachsen, haben sich spezialisiert, ihre Produktion intensiviert, und viel Geld investiert.



Doch selbstbestimmte Bauern sind in Österreich selten geworden. Ein einst stolzer Stand steckt in einem System aus Zwängen, Abhängigkeiten und Propaganda, dem auch die offizielle EU-Politik zuarbeitet. Zwangskammermitgliedschaften, Verbindlichkeiten bei schwarzen Banken und der ganz „normale“ Ämterfils bei den Bauernfunktionären machte den Bauern zusammen mit der teilweise tristen

Marktlage zu schaffen. Das Bauernsterben nahm in den vergangenen zwanzig Jahren dramatische Ausmaße an und bedroht die Struktur des ländlichen Raumes. Dabei ist das gegenwärtige Agrarsystem nicht gerade effizient: 40 Prozent der derzeit weltweit in der Landwirtschaft produzierten Kalorien werden verschwendet oder gehen irgendwo auf dem Weg zwischen Produzenten und Konsumenten verloren. Fazit: Schabus gelingt es mit seinem Film, die Situation der heimischen Bauern greifbar zu machen.

Foto: pixabay

Woher kommt der Adventskranz?

Zur Entstehung unseres Adventskranzes als weihnachtliche Tradition gibt es viele verschiedene Theorien. Gern wird der Adventskranz mit seinen vier Kerzen mit den vier Himmelsrichtungen und dem Erdkreis in Verbindung gebracht. Auf die Idee ist der evangelische Theologe und Waisenhausbetreiber Johann Hinrich Wichern im Jahr 1839 gekommen. Johann Wichern wollte seinen Waisenkindern mit einem Adventskranz zeigen, wie lange sie sich noch bis Weihnachten gedulden müssen. Diese Wartezeit wollte er ihnen mit dieser schönen Adventsidee verkürzen. Das Wort „Advent“ stammt vom lateinischen Begriff „adventus“ ab, was „Ankunft“ bedeutet.

Doch auch schon bei den alten Germanen soll es den Brauch eines Lichterkranzes gegeben haben. Die Kerzen standen für das abnehmende Licht im Winter und wurden – anders als heute – in umgekehrter Reihenfolge entzündet.

Erst alle vier Kerzen, dann drei usw. Zu Jul (Wintersonnenwende am 21. Dezember) wurde dann die Wiedergeburt des Lichtes gefeiert und wieder alle vier Kerzen entzündet. Historisch ist diese Theorie aber nicht gesichert, da die Germanen nur wenige schriftliche Quellen hinterlassen haben.

Wo auch immer der Ursprung des Adventskranzes liegt, noch heute gehört er untrennbar zur Vorweihnachtszeit in unserer Heimat.

Rumänien will eigenen Ausverkauf stoppen

Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis beklagt, dass sich zu viele Agrarflächen in der Hand von Ausländern befinden. Laut Johannis sind das bereits 30 % der Flächen. Deshalb müsse das Bodenrecht verschärft werden, obwohl für Ausländer bereits Einschränkungen gelten würden.



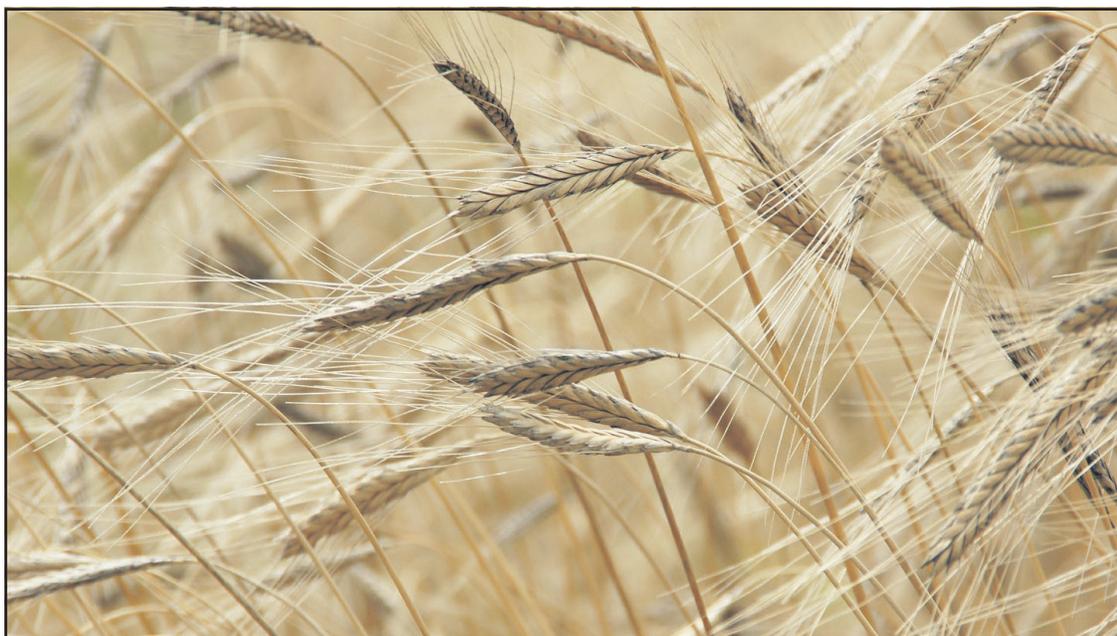
Foto: Wikimedia, Longin Wawryniewicz CC BY-SA 3.0

Österreich führt in der EU bei Bio-Bauern

Bei der Bio-Landwirtschaft liegt Österreich EU-weit an der Spitze: 2015 gab es den höchsten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche. Mit 20,3 Prozent rangiert es deutlich vor Schweden (17,1 Prozent) und Estland (15,7 Prozent), wie kürzlich veröffentlichte Zahlen zeigen.



Foto: pixabay



Saatgutbranche wirtschaftlich relevanter Faktor

Oberösterreich auf Platz 2 bei Saatgut-Vermehrung

Die österreichischen Saatgut-Vermehrungsflächen sind in den vergangenen zehn Jahren um etwa 30 Prozent auf etwa 38.000 Hektar gestiegen. 54 verschiedene Kulturen werden in Österreich vermehrt. Vor allem die Soja- und Maisvermehrung haben einen besonderen Anstieg erfahren.

„Am Betriebsmittelmarkt gibt es momentan enorme Konzentrationsprozesse in der Saatgut- und Pflanzenschutzbranche. Es entstehen global agierende Unternehmen mit bedeutender Marktmacht. Umso erfreulicher ist es, dass die heimische Saatgutwirtschaft sich in diesem Konzert gut behaupten kann. Die Vermehrungsflächen sind in den letzten Jahren

recht deutlich gestiegen. Mit einer Wertschöpfung von ca. 140 Mio. Euro ist die heimische Saatgutbranche auch wirtschaftlich ein sehr relevanter Faktor“, schreibt die Landwirtschaftskammer Oberösterreich.

Die guten klimatischen Bedingungen und auch die traditionell gute Saatgutqualität der österreichischen Produktion machte dies möglich. Ein wesentlicher Faktor waren auch die Erfolge der heimischen Züchter – allen voran in der Maiszüchtung. Maissorten der Maiszuchtstation in Schönering (Saatbau Linz) beispielsweise werden europaweit angebaut. Mit ihrer züchterischen Arbeit leisten sie, in Zusam-

menarbeit mit den Bauern, einen wesentlichen Beitrag zu einer qualitätsbewussten, wertorientierten Landwirtschaft.

Im Bundesländervergleich der Vermehrungsflächen liegt Niederösterreich klar auf Platz 1. Auf über 20.000 Hektar werden Getreide, Mais und Saatkartoffeln erzeugt. Oberösterreich liegt mit circa 7.700 Hektar auf dem 2. Platz. Getreide-, Mais- und Sojabohnenvermehrung sind hier die Schwerpunkte.

Eine Besonderheit in unserem Land ist die Vermehrung von Gräsern und Klee. Wiesenfuchsschwanz, Glatthafer oder Goldhafer werden nur in Oberösterreich vermehrt.

Wird Europa Bayer sa

Bayer kauft den US-Saatguthersteller Monsanto für knapp 66 Milliarden Dollar. Es wird von der größten Übernahme in der deutschen Wirtschaftsgeschichte gesprochen. Monsanto empfiehlt seinen Anteilseignern das Angebot anzunehmen, die Zustimmung auf der nächsten Hauptversammlung soll nur mehr Formsache sein. Bayer rechnet erst Ende 2017 mit einem Abschluss des Vorhabens, denn das grüne Licht der Kartellbehörden ist noch ausständig.

„Die Karten in der Chemiebranche werden 2016 neu gemischt“, schrieb die Schweizer Handelszeitung Anfang des Jahres. Mitte Dezember 2015 hatten die US-Großkonzerne Dow Chemical und DuPont ihre Fusionspläne öffentlich gemacht. Nach dem Zusammengehen solle der Konzern in drei Geschäftsteile aufgetrennt werden: Agrochemie, Kunststoffe und Spezialprodukte. Der Rest werde verkauft. Am 22. Juni wurde das Fusions-Vorhaben bei der EU-Kommission zur Genehmigung angemeldet.

Zweifel

Die Kommission vermittelt jedoch ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit des Zusammenschlusses mit der EU-Fusionskontrollverordnung. Bis 20. Dezember muss diesbezüglich ein Beschluss erlassen werden. Bayer hat weltweit mehr als 100.000 Mitarbeiter. Die beiden Unternehmen Bayer und Monsanto erzielten zusammengerechnet im Kalender-

Foto: pixabay



Wer darf eigentlich auf meinen Grund? Diese Frage stellen sich viele Landwirte...

In bestimmten Fällen dürfen Behördenvertreter auch ohne vorherige Information auf fremden landwirtschaftlichen Grund. Etwa wenn es um Vermessungsarbeiten geht, oder im Rahmen des Naturschutzgesetzes. Dennoch darf jeder Bauer fremde Personen auf seinem Grund nach seiner Identität und Berechtigung fragen. In Zweifelsfällen: Autokennzeichen notieren und später Erkundigungen anstellen. War das Betreten unrechtmäßig bleibt noch die Besitzstörungs- oder Unterlassungsklage.

Foto: pixabay

Ährensache



Es braucht neue Regeln

Die Landwirtschaft braucht ein neues Regelsystem, damit die Agrarpreise wieder auf normales Niveau herangeführt werden und somit auch eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, in der globale Marktwirtschaft, ein ordentliches Einkommen erwirtschaften kann. Eigentlich könnten sich die Bauern freuen, der Mais ist prächtig gediehen in diesem Jahr. Doch der Preis bei Nass-Mais ist mit 80 Euro im Durchschnitt, total im Keller. Der Milchpreis ist mit dem Wegfall der Milchkontingentierung von 42 Cent pro Liter Rohmilch, ins bodenlo-

Alois Ganglmayr

se – in ein Preistief von 26-30 Cent, pro Liter – gefallen. Die Verantwortlichen in der EU und nationale Politiker, haben eines der letzten Systeme abgeschafft, das den Bauern einen halbwegs zufriedenstellenden Preis garantierte. Was hat man damit bezweckt? Was ist das tatsächliche Ziel der europäischen Agrarpolitik? Bei Mastschweinen hat die Durststrecke über zwei Jahre angedauert. Ein Basispreis von 1,12 Euro pro kg, ist für die Schweinebauern ein ruinöses Unterfangen. In den letzten fünf Monaten hat sich dieser Basispreis doch wieder nach oben entwickelt. Die Talsohlen eines schlechten Preises werden jedoch immer länger und die Einkommen für Schweinebauern dadurch immer geringer. Die Landwirtschaft ist nicht nur der Witterung ausgesetzt, sondern auch den geltenden Weltmarktgesetzen. Schaffen die politischen Verantwortungsträger nicht bald Rahmenbedingungen für eine faire Agrarpolitik, haben sie den Niedergang einer jahrtausendealten Kultur zu verantworten!

bald von Gentechnik überschwemmt? agt „Ja“ zu Monsanto-kauf

Jahr 2015 einen Umsatz von 23 Milliarden Euro im Agrargeschäft. Bayer würde mit der Übernahme von Monsanto, vom chemisch-pharmazeutischen Mischkonzern zum

Gewinnmaximierung

Spezialisten rund um die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze werden. „Das Ziel von Bayer ist klar: Der Konzern will mit dieser Übernahme seinen Gewinn maximieren und möglichst viel Kontrolle über die Produktion unserer Lebensmittel erlangen – vom Samen bis zum Teller. Die Interessen von Mensch und Umwelt bleiben dabei auf der Strecke“, sagt Sebastian Theissing-Matei, Landwirtschaftssprecher bei Greenpeace in Österreich und fordert: „Wirtschaftsminister Mitterlehner muss diese Mega-Übernahme sowohl als wettbewerbsrechtlichen als



Foto: Wikimedia, Karen Elliot CC BY-SA 2.0

auch aus politischen Gründen ablehnen.“ Der hohe Kaufpreis von 66 Milliarden Dollar (59 Milliarden Euro), könnte ein Hinweis darauf sein, dass der schwächelnde Markt für Saatgut und Agrarchemikalien in den nächsten Jahren einen kräftigen Aufschwung erleben könnte. Branchenkenner sind darüber unterschiedlicher Meinung.

Investmentbanken

Ermöglicht haben die Übernahme die fünf Investmentbanken Bank of America Merrill Lynch, Credit Suisse, Goldman Sachs, HSBC und JPMorgan, die den Kredit gewährten. Die Monsanto-Führung wird nun ihren Anteilseignern empfehlen, das Bayer-Barangebot von 128 US-Dollar je Aktie anzunehmen. Auf einer Hauptversammlung am Jahresende oder Anfang 2017 – ein genauer Termin steht noch nicht fest – gilt die Zustimmung schon fast als Formsache. Keine Formsache dagegen ist

die anstehende Prüfung des Zusammenschlusses durch die Wettbewerbsaufseher in verschiedenen Ländern. Insgesamt sollen rund 30 Kartellbehörden Einblick in die

Wettbewerbsaufsicht

Übernahme nehmen und Auswirkungen auf den Wettbewerb in der Branche unter die Lupe nehmen. So rechnet Bayer auch erst Ende 2017 mit einem Abschluss des Vorhabens. Die zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager hat jedenfalls auf Anfrage mehrerer Abgeordneter des EU-Parlaments zugesichert, die Argumente gegen einen Kauf von Monsanto durch Bayer sorgfältig zu prüfen. Achim Wambach (Bild li.), Chef der Monopolkommission, erwartet eine monatelange Untersuchung: „Die Behörden werden genau prüfen, ob die Fusion eine marktverschließende Wirkung hat“. Wie tief die Aufsicht am Ende in die Pläne eingreifen oder ob sie den Erwerb völlig untersagen, sei schwer einzuschätzen.



Foto: Wikimedia, Von ZEW/Ench Dichter CC-BY-SA 4.0

Klare Mehrheit gegen freien Milchmarkt



Laut einer österreichweiten Umfrage unter 260 Milchbauern, spricht sich eine klare Mehrheit von 70 Prozent gegen einen freien Milchmarkt aus. Der gnadenlose Wettbewerb und die niedrigen Milchpreise dürften für dieses Stimmungsbild ausschlaggebend sein.

Foto: pixabay

Herkunftsangaben bei Fleisch optimieren



Geflügelfleisch ist beliebt, das zeigt die Marktanalyse der AMA. Die Nachfrage steigt, die Selbstversorgung sinkt jedoch. Der Grund: Preisdumping. In Österreich wird unter den strengsten Auflagen EU-weit produziert. Eine bessere Kennzeichnung für die Herkunft von Fleisch ist dringend notwendig!

Foto: pixabay



Foto: pixabay

„TopAgrar-Leseschwäche“ bei FPÖ-Position zur Ferkelkastration Wie ein Journalist aus einer Anfrage plötzlich eine Forderung werden ließ

Die Position der Freiheitlichen Bauern bezüglich der Ferkelkastration ist klar, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern Oberösterreich, Franz Graf: „Es gibt aktuell keine vernünftige Alternative zur derzeitigen Praxis. Eine Kastration mit Hormoneinsatz, wie von den Grünen gefordert, belastet das Fleisch und damit den Konsumenten enorm. Auch ein Betäubungsmittelsinsatz ist nicht sinnvoll.“ Gleichzeitig betonte Graf, dass wenn der Eingriff früh genug erfolgen würde, auch ein übermäßiges Tierleid vermieden würde.

Hintergrund für die Klarstellung ist ein Text in der Zeitschrift „TopAgrar“, der der FPÖ unterstellt, für eine Abschaffung der betäubungslosen Ferkelkastration einzutreten. Den Unterschied zwischen der Anfrage eines Nationalratsabgeordneten und einer echten Forderung der FPÖ war einem Redakteur in der österreichischen Ausgabe der „TopAgrar“ aber offenbar nicht ganz klar. So berichtet das Blatt in wahrheitswidriger Weise, die

FPÖ fordere in einer Anfrage ein Ende der betäubungslosen Ferkelkastration. Wenn man jedoch in der Lage ist, sinnerfassend zu lesen, dann kommt man bei der Lektüre der Anfrage zu

Sinnerfassendes Lesen

einem anderen Schluss als das eigentlich seriöse „TopAgrar“. Der FPÖ-Abgeordnete Josef Riemer will vom Bundesministerium für Gesundheit lediglich

wissen, wie die Position der Bundesregierung zur betäubungslosen Ferkelkastration ist und ob es aus Sicht des Ministeriums dazu sinnvolle Alternativen gebe.

Riemer bezieht sich in der Anfrage auf die Berichterstattung der „Kronenzeitung“, die über einen Zusammenschluss von Tierschutzorganisationen berichtete. Zudem gründete das Gesundheitsministerium im Rahmen des Tierschutzrates Arbeitsgruppen, die über eine Novellierung der bisherigen Kastrationspraxis beraten sollten. Abgeordneter Riemer wollte mit seiner Anfrage nun den bisherigen Stand dieser Novellierung abfragen. Es besteht also ein wichtiger Unterschied zwischen einer politischen Forderung und einer parla-

mentarischen Anfrage, der sich offenbar bisher noch nicht bis zu allen Redakteuren herumgesprochen hat.

Peinlich, peinlich...

Franz Graf kommentierte die durchsichtige Berichterstattung mit deutlichen Worten: „Da hat wohl jemand seine journalistische Freiheit mit dichterischer Freiheit verwechselt. So ein Bericht ist gleich doppelt ärgerlich. Wenn es sich um ein Verständnis- oder Rechercheproblem handelte, dann sollte TopAgrar ihren Redakteur dringend nachschulen. Wenn diese Tatsachenverdrehung aber Absicht war, dann handelt es sich um ein weiteres Beispiel von Stimmungsmache gegen die FPÖ.“



Jagdorganisation FACE: Die Jagd erwirtschaftet 16 Milliarden Euro

Die Jagd trägt 16 Milliarden Euro zur europäischen Wirtschaft bei. Diese Zahl präsentierte die Europäische Jagdorganisation FACE. Die Summe setzt sich unter anderem zusammen aus Jagdgebühren, Pachten sowie Kosten für Waffen und Munition. Der Beitrag der Jäger zur Landschaftsentwicklung und zum Arten- und Naturschutz sei sogar noch viel höher. Allein in Österreich erwirtschaftet die Jagd jährlich mehr als 430 Millionen Euro.

Foto: pixabay

Kärntner will aus ethischen Gründen Jagd verbieten

Das Jagdverbot vor Gericht

Ein Grundbesitzer aus Kärnten versuchte mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht, auf seinem Grund das Jagen aus ethischen Gründen zu untersagen. Seiner Meinung nach solle sich die Natur durch die Ansiedlung von Luchs, Bär und Wolf selbst regulieren. Experten sehen das aber problematisch. Diese Tiere würden sich in unserer Kulturlandschaft zuerst an Beute halten, die einfach zu erreichen ist. Etwa Schafe, Kühe und andere Weidetiere. Auch die Ausbreitung von Seuchen wird von Experten befürchtet.

Der vegane Kärntner sieht sich jedenfalls in seinen Rechten eingeschränkt, da Grundstückseigentümer keine Möglichkeit hätten, die Jagd auf ihrem Grundstück zu verbieten, auch wenn sie diese aus ethischen Gründen ablehnen und verwies auf das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Vorerst blitzte der Mann mit seiner Beschwerde in allen bisherigen Instanzen ab, denn das Kärntner Jagdgesetz sieht eine Jagdfreistellung aus ethischen Gründen nicht vor. In der Folge wanderte die Beschwerde dann zum Verfassungsgerichtshof, der diesen Eingriff in das Eigentumsrecht nun auf seine Verfassungskonformität hin prüfte. Doch auch hier hatte der Jagdgegner keinen Erfolg. Die Richter argumentierten, dass der Grundbesitzer etwa seinen Grund einzäunen könne, um die Jagdfreistellung zu erreichen. „Diese Regelung kann auch von jemandem, der die Jagd aus ethischen Gründen ablehnt, in Anspruch genommen werden“, steht im Erkenntnis der Verfassungsrichter.

Das Land Kärnten verteidigte die bisherige Jagdpraxis. Es könnten keine Maßnahmen

zum Schutz vor Raubwild und vor Wildkrankheiten ergriffen werden, wenn in gewissen Gebieten die Jagd verboten wäre. Es wäre daher mit einem erhöhten Maß an Wildschäden nicht nur in den betroffenen, sondern auch in den angrenzenden Gebieten zu rechnen. Die Frage der Regulierung dieser Wildschäden wäre dann vollkommen ungeklärt. Jagdgegner frohlocken dennoch über das Verfahren

und verspüren Rückenwind von der EU. In Deutschland wurde es etwa auf Grundlage eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2012 erlaubt, die Jagd im eigenen Wald zu verbieten. Den Grundbesitzern wurde ein grundsätzliches Recht auf Eigentum zugesprochen.

Nach dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes will der Veganer nun vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Man hoffe hier – ähnlich wie in Deutschland – eine Aufhebung der Jagdpflicht zu erreichen. Das Erkenntnis des Gerichtes ist also nur ein Sieg auf Zeit bis der letztinstanzliche Spruch des Europäischen Gerichtshofes vorliegt.



Foto: IRM



Hoch am Berg...

Der Wald gehört uns allen, oder?

Der Wald wird von der heimischen Bevölkerung als wichtiger Erholungsraum zum Ausspannen und Wandern angesehen. Auch die Begehrlichkeiten einer durchgeknallten Freizeitgesellschaft werden immer stärker, als Trainingsgelände und Adrenalinkick für Mountainbiker soll der Wald erhalten. In der Öffentlichkeit wird hier meist nur der Konflikt zwischen Freizeitgesellschaft und Jägern dargestellt. Dass der Wald jemandem gehört, also dass es sich um Eigentum handelt, wird dabei völlig ignoriert.

Rudolf Dilly

Diverse Naturschutz- und Freizeitorganisationen, wie zum Beispiel auch der Österreichische Alpenverein, stehen an vorderster Front, wenn es ums Aufzeigen von Verfehlungen oder zu starken Eingriffen ins Landschaftsbild bei Forststraßenbauten geht, bei der eigenen immer exzessiver werdenden Nutzung der Natur sind diese Organisationen allerdings blind. Die Nachteile des Besitzrechtes darf der Grundbesitzer alleine ausbaden. Sei es die Einschränkung der Bewirtschaftung, wenn es um die Rücksichtnahme gegenüber Freizeitaktivisten geht, oder die Haftungsfrage, wenn ebendieses etwas passiert und dem Grundbesitzer Fahrlässigkeit unterstellt wird. Als ob das nicht genug wäre, kommt jetzt auch noch die teils dramatische Erhöhung der Einheitswerte für Waldbesitzer dazu. Die für den „Einheitswert neu“ zugrundeliegenden Bewertungen entbehren jeder sachlichen Grundlage. Wie lange lassen sich das die Grundbesitzer eigentlich noch gefallen?

In jedem zweiten Produkt im Supermarkt Wie das Billig-Öl die

Eine Frau steht im Supermarkt vor dem Kekse-Regal. Die Vorweihnachtszeit ist wie jedes Jahr zu schnell vergangen. Um die wenigen selbst gebackenen Kekse am Teller nicht so einsam aussehen zu lassen, will sie noch welche kaufen. Sie liest sich die Zutatenliste gewissenhaft durch. Palmöl - das hört sich doch gesund an, oder?

Bis Dezember 2014 war es ausreichend, sämtliche pflanzliche Öle, ob minderwertig oder hochwertig, unter der Sammelbezeichnung „pflanzliches Öl“ zu kennzeichnen. Der Konsument assoziiert mit dem Begriff „pflanzliches Öl“ etwas Gutes. Doch Öl ist nicht gleich Öl. Durch eine EU-Verordnung, darf Palmöl nun nicht mehr unter dem Namen „Pflanzliche

Öle“ versteckt werden. Kekse, Tiefkühlpizza, Speiseeis, Säuglingsmilchpulver, Haselnusscreme, Seifen, Waschmittel, Hautcreme oder Treibstoff – in jedem zweiten Produkt im Supermarkt ist Palm- oder Palmkernöl enthalten. Auch für die Herstellung von Kälberrmilch wird Palmöl verwendet. Palmöl statt Milchlaktose muss sich für die heimischen Milch-

bauern wie ein Schlag ins Gesicht anfühlen. „Palmöl wird oft unnötig eingesetzt, einfach weil es billig ist. Sinnvoll wäre es den Verbrauch zu reduzieren

Billigstes Öl am Markt

indem man es nur einsetzt, wo es aufgrund der speziellen Eigenschaften notwendig ist“, so Regine Schönlechner, Lebens-

mittelforscherin der Universität für Bodenkultur. Palmöl wird aus dem Fruchtfleisch der Früchte der Ölpalme hergestellt, das Palmkernöl aus den Kernen. Palmöl ist mit Abstand das billigste Pflanzenöl auf dem Weltmarkt. Auch der Anbau ist sehr effizient und aufgrund seiner günstigen chemischen Eigenschaften ist das Öl außergewöhnlich vielseitig einsetzbar. Für die Industrie scheint Palmöl ein Segen zu sein.

Etwa 70 Prozent der gesamten Palmölproduktion werden in der Lebensmittelindustrie verarbeitet, doch auch in der Chemieindustrie und als Zu-



Umweltschutzorganisationen üben heftige Kritik an der Palmölproduktion. Zur Deckung des steigenden Bedarfs werden wertvolle Regenwaldflächen abgeholzt, um Platz für neue Plantagen zu schaffen. Rund 43.000t Palmöl importierte allein Österreich im Jahr 2014.

steckt Palm- oder Palmkernöl Welt verändert

satz in Treibstoffen ist es begehrt. Palmöl hat einen Anteil von 50 Prozent an gesättigten Fettsäuren, Palmkernöl sogar über 80 Prozent. Die Folgen eines überhöhten Konsums an gesättigten Fettsäuren sind:

Gesundheitsbedenken

hohe Cholesterinwerte, Übergewicht, Herzkrankheiten. Die enthaltenen Fettsäureester liefern jedoch noch weiteren Anlass für Gesundheitsbedenken. Glycidyl-Fettsäureester können prinzipiell in allen Lebensmitteln enthalten sein, die raffinierte pflanzliche Fette und Öle enthalten. Die höchsten Gehalte wurden bisher in raffiniertem Palmöl gemessen. Glycidyl-Fettsäureester können bei der Verdauung aufgespalten werden und Glycidol freisetzen. Glycidol ist von verschiedenen wissenschaftlichen Gremien als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen eingestuft worden.

Dass sich das vor wenigen Jahren noch unbekannte Öl zum Verkaufsschlager entwickelt hat, hat auch Folgen für die Umwelt. Die Hauptanbauländer sind Indonesien und Malaysia, etwa 90 Prozent des Palmöls stammen von dort. Die Anbauflächen haben sich in beiden Ländern seit 1990 verzehnfacht. Aus einer Studie des WWF geht hervor, dass sich

Bedarf steigt weiter

seit 1990 der globale Palmabau nahezu verdreifacht hat. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Nachfrage nach Palmöl, ausgegangen von den Zahlen von 2010, bis 2020 weiter verdoppeln wird. Palmöl ist weltweit das meist verwendete Pflanzenöl. 32 Prozent des globalen Pflanzenölbedarfs sollen damit gedeckt werden. Die größten Palmölimporteure



Was sich wirklich hinter dem Begriff „pflanzliche Öle“ versteckte, konnten Konsumenten bis Ende 2014 nur erahnen.

Foto: Wikimedia, Ralf Rolétschek CC BY 2.5

sind Indien, China und die EU. In Österreich wurden im Jahr 2014 rund 43.000 Tonnen Palmöl importiert.

„Mittlerweile zählt Indonesien zum drittgrößten CO₂-Emitenten der Welt“, ist in der Zeitschrift „Der Landwirt“ zu lesen. Diese Entwicklung hat

Umweltprobleme

einen direkten Zusammenhang mit der explodierenden Palmölproduktion: Riesige Regenwaldflächen werden gerodet, um Platz für Palmölplantagen zu schaffen – in Indonesien und Malaysia täglich bis zu 50 km². Da viele Regenwälder auf Torfböden stehen, die große Mengen an Kohlenstoff speichern, wird dieser durch die Rodung als Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Laut einem Bericht der NGO „Forest Trends“ wird Palmöl zu 40 Prozent auf unrechtmäßig abgeholzten Flächen gewonnen. Sobald einzelne Länder der illegalen Abholzung einen Riegel vorschieben, verlagere sich der Schwerpunkt in andere Staaten, deren Politik und Justiz mit dem Problem noch nicht umgehen könne bzw. wolle. Die Unternehmen, die mit illegalen Rodungen Profite machen, seien demnach extre-

me Globalisierungsgewinner. Während die Nahrungsmittelindustrie vereinzelt beginnt Palmöl aus ihren Produkten herauszunehmen, geht die Mineralölindustrie den gegenteiligen Weg. Die EU-Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien sieht unter anderem vor, dass in allen EU Mitgliedsstaaten der Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor 2020 mindestens zehn Prozent beträgt. Eine Studie der Fediol, des europäischen Pflanzenölverbandes, belegt, dass der Anteil von Palmöl an der Bio-Beimischung zum Diesel von 2010 bis 2014 um das Sechsfache gestiegen ist.

Nachhaltigkeit?

Ein Versuch, Palmölprodukten eine weiße Weste zu verpassen, ist beispielsweise der RSPO (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl). Dies ist eine im Jahre 2004 gegründete Zertifizierungsinitiative, die nach eigenen Angaben die Förderung des nachhaltigen Palmölanbaus als Ziel hat. Österreich erhebt indes keine Zahlen über die Importmenge von nachhaltig erzeugtem Palmöl. Das geht jedenfalls aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung hervor.

Am Rande
notiert



Im Gütesiegel-Dschungel

Da es quasi fast für jede nur erdenkliche Produktzutat oder eben „Nicht-Zutat“ ein Gütesiegel in Österreich gibt (Bio, Regionalität, Gentechnikfreiheit, Fairtrade, Tierfreundlich, udgl.), stellt sich die Frage, warum das Landwirtschaftsministerium oder die AMA noch nicht auf die Idee gekommen ist, auch auf die Zutat „Palmöl“ hinzuweisen. Es besteht dringender Aufklärungsbedarf der Bevölkerung! Im Bereich der Gentechnik wurde der Konsument bereits recht erfolgreich sensibilisiert – gleiches sollte für das Palmöl gelten. Viele Menschen

Harald Jannach

haben keine Ahnung von der möglichen Gesundheitsgefährdung durch Palmöl und den ökonomischen Folgen durch den gesteigerten Anbau bzw. die katastrophale Rodung des Regenwaldes. Man darf den Konsumenten dafür auch keine Schuld zuweisen – die Öffentlichkeit wird über diese Fakten kaum bis gar nicht informiert!

Es sollte der Gütesiegel-Dschungel generell überdacht werden und viele dieser eher verwirrenden und verunsichernden Gütesiegel entfernt werden. Der Konsument sollte sofort erkennen können – dieses Produkt enthält genetisch veränderte Organismen (GVO) oder jenes Produkt enthält Palmöl. Ob der Konsument das Produkt nun weiter kauft, obliegt seiner ganz eigenen Verantwortung. Wie aber die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, greifen die Käufer oft schon lieber zu Waren ohne GMO. Das wäre nur eine Möglichkeit, die Menschen auf das Palmöl hinzuweisen, leider hat sich darüber im zuständigen Ministerium offenbar noch niemand ernsthafte Gedanken gemacht.

TTIP und CETA steht Norbert Hofer sehr skeptisch gegenüber. Im Gegensatz zu seinem Konkurrenten Van der Bellen will Hofer das Volk über CETA abstimmen lassen und nicht über die Bürger hinwegentscheiden. ▷



Es geht auch anders: Der Präside

In den zahlreichen TV-Diskussionen kommen agrarpolitische Themen leider viel zu kurz. Dabei hätten sie nicht nur für die Landwirte, sondern für die gesamte Bevölkerung große Relevanz. Norbert Hofer kennt die Sorgen der heimischen Bauern, besuchte zahlreiche Betriebe und sprach mit den Betroffenen. Wir haben für unsere Leser die meistgestellten Fragen noch einmal zusammengefasst.

Unsere Landwirte haben mit einem katastrophalen Preisverfall bei fast allen landwirtschaftlichen Produkten zu kämpfen. Wo sehen Sie die Ursachen dafür?

Von vielen Befürwortern hört man immer wieder das Argument, dass Österreich zu klein sei bzw. die Exporte nach Russland zu gering, als dass sich die Sanktionen auf die Landwirtschaft auswirken könnten.

Das stimmt nicht wirklich, denn diese Sanktionen betreffen seit Juli 2014 alle Mitgliedstaaten der EU – und somit die gesamte EU-Landwirtschaft – also auch die österreichische.

Das russische Einfuhrverbot für europäische Agrarprodukte ist demnach

eine Gegenmaßnahme zu den EU-Sanktionen im Rahmen der Ukraine-Krise.

Also würden Sie sich für die Aufhebung der Russlandsanktionen einsetzen?

Die Folgen der Sanktionen sind eine Überflutung von agrarischen Produkten im EU-Raum. Ein einfaches und klares Angebot-Nachfrage-Prinzip. Russland als großer Abnehmer von landwirtschaftlichen Produkten fehlt am Markt natürlich und die Waren bleiben in der EU. Die europäischen Bauern konkurrieren gegenseitig nun mehr denn je und die Preise für Milchprodukte, Fleisch, Obst, Gemüse, etc. fallen in den Keller. Diese Sanktionen haben uns - und mit Sicherheit auch dem Rest der EU - nur Schaden gebracht. Ich bin für dafür, die Sanktionen auslaufen zu lassen.

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU haben beinahe ein Drittel der österreichischen Landwirte ihren Betrieb geschlossen. Welche Maßnahmen wären aus ihrer Sicht notwendig, um dem Bauernsterben entgegenzuwirken?

Die Landwirte sind viel zu sehr in dem Fördersystem gefangen und sollten wieder selbständiger und freier handeln dürfen und nicht auf Fördergelder angewiesen sein. Das derzeitige System macht es ihnen aber alles andere als leicht. Man hat immer mehr und nicht unberechtigt den Eindruck, dass es seitens der EU gewollt ist, dass die kleinstrukturierten Bauernhöfe schließen und nur noch die Großbetriebe wirtschaftlich arbeiten

Familienbetrieben eine Zukunft geben nt für uns Landwirte

Auch wenn Norbert Hofer mit diesem Rasenmähertraktor am Erdäpfelacker keine Chance hätte, seine Chancen Bundespräsident zu werden stehen umso besser. Ein gutes Zeichen für uns Bauern: Denn mit ihm würde ein großer Unterstützer der Landwirte in die Hofburg einziehen.



können. Förderobergrenzen und eine gerechtere Aufteilung von Förderungen wären schon einmal ein Anfang. Eine Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises muss selbstverständlich werden!

Wie stehen Sie zu verbrauchsbezogener Produktion – also zur Milch- und Zuckerquote?

Seit 1. April diesen Jahres wurde die Milchquote endgültig aufgehoben. Das war ein großer Fehler. Die Landwirte produzierten plötzlich immer mehr Milch und es kam bald zu einem Milchüberschuss. Die logische Folge – der Preis ist gefallen. Je weniger die Milch kostet, desto mehr muss der Bauer produzieren, damit er seinen laufenden Betrieb aufrechterhalten kann. Diese „Negativ-Spirale“ kann nur durch

eine staatliche Mengenregulierung oder ein Quotensystem aufgehoben werden.

Sie sind der einzige Kandidat, der sich klar gegen TTIP positioniert hat. Was würde der Abschluss des Freihandelsabkommens in Bezug auf Qualitäts- und Herkunfts-kennzeichnung für die österreichische Landwirtschaft bedeuten?

Momentan ist völlig unklar, welche Auswirkungen TTIP auf die österreichischen Standards, den Arbeitsmarkt, die Landwirtschaft oder die Demokratie (Stichwort: private Schiedsgerichte) wirklich hat. Daher kann ich weder CETA noch TTIP etwas Positives abgewinnen. Schon als Umweltsprecher meiner Partei habe ich mich gegen diese Freihandelsabkommen ausgesprochen und dazu auch Bücher verfasst.

Als Bundespräsident werde ich CETA nicht unterschreiben, es sei denn, die Bevölkerung spricht sich in einer Volksabstimmung dafür aus.

Auch bei der Novellierung der UST für Saatgut wurde eine Gesetzeslage geschaffen, wo selbst Experten nicht mehr ohne Nachschlagewerk sagen können, wo welcher Steuersatz anzuwenden ist. Ist das den Bauern zumutbar?

Offenbar glaubt man, dem Bauern alles zumuten zu können. Kaum ein Unternehmen wird so kontrolliert, überwacht und bevormundet, wie ein landwirtschaftlicher Betrieb. Ein weiteres Beispiel dieser Ungerechtigkeit den Bauern gegenüber ist die Tatsache, dass sie ihre Belege nicht wie sonst üblich sieben, sondern zehn Jahre nach Ende der Förderperiode aufbewahren müssen.

Die verpflichtende Doppelversicherung bei der gesetzlichen Sozialversicherung stellt für Nebenerwerbslandwirte eine nicht mehr verkraftbare Zusatzbelastung dar. Ist hier nicht mehr Eigenverantwortung anzudenken?

Diese Doppelversicherungen stellen für viele Bürger, die mehr als einer Beschäftigung nachgehen, ein großes Ärgernis dar, denn im Krankheitsfall kann nur eine Krankenkasse herangezogen werden. Nicht nur Landwirte sind davon betroffen, auch Personen, die neben einer angestellten Erwerbstätigkeit auch selbstständig tätig sind.

Daher kämpfe ich schon seit vielen Jahren für eine Zusammenlegung der Krankenkassen, jedoch wurden zahlreiche Anträge von den Regierungsparteien abgelehnt.



**Ins Horn
gestoßen**

Ein Stimmungs- Bericht

Beinahe ein Drittel der Legislaturperiode ist schon vorbei. In der letzten Vollversammlung (28.9.2016) wurden 18 Resolutionen behandelt! Unser Motto: Klasse statt Masse! Besonders deutlich zeigt sich die Pippi-Langstrumpf – ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt – Politik des Bauernbundes bei folgenden Punkten: Die Freiheitlichen Bauern wollten wissen, wie viel Geld die oberösterreichischen Bauern seit Einführung der Quote investiert haben. Hintergrund: Mit Abschaffung der Milchquote wurden all jene Bauern, die Milchlie-

Alois Affenzeller

ferrechte gekauft haben, de Facto enteignet. Auch die Unabhängigen, die Roten und die Grünen Bauernvertreter haben diesen Antrag unterstützt, doch der Bauernbund alleine hat diesen blockiert. Weiters wollten wir Freiheitlichen Bauern in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen, die SVB-Beitragsrechnung auf neue Beine stellen. Das hätte zur Folge gehabt, dass die Wirksamkeit der neuen Einheitswerte auf den 1.1.2018 verschoben worden wäre. Abermals wurde dies vom Bauernbund blockiert. Auch bei der Klärung der Standortfrage betreffend der Bezirksbauernkammern-Zusammenlegung wurde eine notwendige Diskussion darüber ignoriert. Der neue Standort wurde nicht diskutiert, sondern diktiert! Man habe sich auf Hagenberg geeinigt, war den Medien zu entnehmen. Die BBK Freistadt wurde vor ca. fünf Jahren generalsaniert und jetzt soll ein neues Gebäude auf der grünen Wiese errichtet werden?



Kleine Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht sollen entlasten

Nach massivem Protest gab es einige Erleichterungen in Bezug auf die Registrierkassenpflicht. So fallen Alm-, Berg- und Schutzhütten, sowie Buschenschänken erst ab 30.000 Euro Umsatz unter die Pflicht. Auch für Umsätze im Freien gilt diese Grenze künftig. Vor allem für Vereine und kleine landwirtschaftliche Betriebe bedeutet dies eine Erleichterung. Die Einführung eines Manipulationsschutzes für Registrierkassen wurde zusätzlich auf den 1. April 2017 verschoben.



„Genussregion Österreich“ steht vor dem Ende Die Förderungsmaschinerie als Machterhaltungsoption

„Ein Gremium, das sich mit der Verteilung von Fördergeldern befasst, empfahl dem Landwirtschaftsminister, die ‚Genussregion‘ nicht zu berücksichtigen. Stattdessen soll eine Vorfeld Einrichtung der Landwirtschaftskammern die Gelder bekommen und sich um die betroffenen Bauern kümmern.

Warum wird diese Einrichtung sabotiert? Etwa, weil sich die Vertreter der Genussregionen nicht dem Diktat der herrschenden Politiker, Funktionäre und Beamten beugen?“, war in den „Salzburger Nachrichten“ zu lesen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Marke „Genussregion Österreich“ einen herausragenden Stellenwert erarbeitet: Markenbekanntheit von

über 80 Prozent, österreichweit gibt es derzeit 116 „Genussregionen“. „Das ‚Netzwerk Kulinarik‘ wurde vom BMLFUW ins Leben gerufen um die regionalen und kulinarischen Initiativen neu zu ordnen und die vorhandenen Fördergelder anhand einer österreichischen kulinarischen Gesamtstrategie möglichst effizient einzusetzen“,

**GENUSS
REGION
ÖSTERREICH**

so das Ministerium. Trotz der großzügig bemessenen Auftragssumme bewarb sich nur eine Bietergemeinschaft: Die AgrarMarkt Austria (AMA) und die Fairify GmbH, eine Tochter der Beratungsfirma von Werner Lampert, der für den Handelsriesen Rewe die Marke „Ja!Natürlich“ aufbaute, erhielten den Zuschlag. Um die bewährten Strukturen auch ohne die finanzielle Förderung des Landwirtschaftsministeriums weitestgehend aufrecht erhalten zu können, hat die „Genussregion Österreich“ die Petition „Regionale Dynamik statt zentrale Bürokratie“ ins Leben gerufen und hofft auf zahlreiche Unterstützung.“
(www.gr-marketing.at/2016/)



Öffentliche Einrichtungen sollen österreichische Produkte verwenden

Die FPÖ Andorf hat eine Resolution an den Sozialhilfeverband Schärding gerichtet, betreffend der Benachteiligung heimischer Bauern. Hintergrund ist vor allem die hohe Qualität der Innviertler Produkte im Gegensatz zu ausländischen Erzeugnissen. Daher sollen öffentliche Einrichtungen auch in erster Linie hochwertige österreichische Produkte einkaufen. Auch in der Kritik: Die anhaltenden Russland-Sanktionen, die den Bauern wirtschaftlich schaden.

Foto: pixabay

Die absolute Mehrheit des Bauernbundes ist vorüber

Ein kleines politisches Erdbeben gab es bei der Kammerwahl in Kärnten: Mit 47 Prozent und damit um knapp sechs Prozent weniger Stimmen als 2011 verlor der Kärntner Bauernbund seine absolute Mehrheit. Dem Bauernbund stehen damit für die kommende Periode zwei Mandate weniger zur Verfügung. Auf dem zweiten Platz lag die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft mit 25,83 Prozent. FPÖ-Obmann Gernot Darmann spricht von einem sehr guten Ergebnis für die Gesinnungsgemeinschaft und gratulierte dem Spitzenkandidaten Manfred Muhr zum Zugewinn eines Mandates. Ange-

sichts der enormen Probleme, vor denen die Bauernschaft steht, sei für den Bauernbund hingegen Demut angebracht. Das Ergebnis der Freiheitlichen Bauernschaft sei ein Ver-

trauensvorschuss und Auftrag für die Zukunft, in dieser Art und Weise eine echte Interessensvertretung für die Bauern auf Augenhöhe zu leben, so der Kärntner FPÖ-Obmann.



Foto: LK Kärnten/Pressebildagentur

FP-Bauern fordern Zahlen zu Milchquoten-Aus Landwirtschaftskammer mauert

In einem Antrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich forderten die Freiheitlichen Bauern Informationen zu den Auswirkungen der abgeschafften Milchquote. Um den monetären Gegenwert der Milchquote in Zahlen fassen zu können und auch den Kapitalverlust für die Bauern zu beziffern, sei es notwendig, entsprechende Berechnungen in Auftrag zu geben.

Auch die Höhe der Investitionen der oberösterreichischen Bauern in ihre Betriebe während der Zeit der Milchquote und die Höhe der finanziellen Verluste seit der Abschaffung der Quote interessierten die

Freiheitlichen Bauern in ihrem Antrag. Im Jahr 1984 wurde die Milchquote eingeführt, um dem Überangebot an Milch- und Milchprodukten am Markt entgegenzuwirken. Nach über 30 Jahren wurde die Quote im März 2015 EU-weit abgeschafft und war damit ein Grund für die verheerende Milchkrise.

Der Bauernbund lehnte den Antrag mit seiner Mehrheit ab. Vermutlich fürchtet man sich vor den Ergebnissen einer solchen Berechnung, die die hoffnungslose Lage der Milchbauern auch in Zahlen deutlich machen würde. Währenddessen ist Landwirtschaftskammerpräsident

Hermann Schultes damit beschäftigt, den Briten und ihrer Entscheidung für einen EU-Austritt eine Mitschuld an der tristen Lage der Bauern zu geben. Sein Heilmittel für die Lage der Bauern: das Freihandelsabkommen CETA und größere landwirtschaftliche Betriebe. Diese hätten den Vorteil des Skaleneffektes und die besseren Verwertungsmöglichkeiten. Die kleinstrukturierte Landwirtschaft wird damit von Schultes zu Grabe getragen. Und anstatt den heimischen Milchmarkt zu schützen, will der LKÖ-Präsident die Bauern am globalen Milchmarkt verhungern lassen.

Wir Bauern



Achtung Sackgasse

Wieder einmal versuchte die Kammerführung im Rahmen einer Arbeitstagung ihren Funktionären einen klaren Blick auf die globalen Agrarmärkte und deren Entwicklung zu geben. Dazu wurde für Vortrag und Diskussion der deutsche Agrarökonom Univ. Prof. Witzke eingeladen. Credo des Herrn Professors: produzieren, produzieren, produzieren, damit erhöht sich die Wirtschaftsleistung Europas und zugleich der Wohlstand und mit der steigenden Weltbevölkerung werden diese Mengen auch irgendwann

Franz Graf

am Markt gebraucht. Verbunden mit der Chance auf bessere Preise.

Dass solche Steigerungen der Hektarerträge am effizientesten mittels Gentechnik erreicht würden, verhehlte der Agrarökonom nicht. Auch nicht, dass die europäischen Sojaimporte einen virtuellen Flächenimport von mehr als 30 Mio. Hektar bedeuten, aber der Aufbau einer europäischen Eigenproduktion volkswirtschaftlich trotzdem nicht sinnvoll sei. „Durch die Erhöhung der Produktivität in Europa gäbe es weniger Brandrodungen von Regenwald, die aktuell 18 Prozent zum Klimawandel beitragen“, so Witzke. Das heißt, wir sind bei Getreide- und Maisanbau viel produktiver auf der Fläche und das ist gut fürs Klima. Bei allem Respekt Herr Professor: für mich ein Lehrbeispiel, dass eine Verwissenschaftlichung oft grundfalsch sein kann. Wenn Lebensmittelqualität und krisensichere Eigenversorgung keinen Stellenwert in volkswirtschaftlichen Rechnungen mehr haben, wo wird das enden?



DEINE HEIMAT BRAUCHT DICH JETZT

WWW.NORBERTHOFER.AT

■ Für einen **EHRlichen** und **GLAUBWÜRDIGEN Bundespräsidenten***

* statt eines Bundespräsidenten, der verschleiern, vernebeln und die Unwahrheit sagen will, wenn es ihm nutzt

■ Für den **SCHUTZ** unserer Werte und Traditionen*

** statt einer falschen Toleranz und Beliebigkeit

■ Für eine selbstbewusste Haltung gegenüber der EU***

*** statt eines blinden Gehorsams gegenüber Brüssel

AM 4. DEZEMBER:

NORBERT ~~HÖ~~FER BUNDESPRÄSIDENT